



## Protokoll

### 49. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 15. Dezember 2005

10.00–12.00 / 14.00 – 17.00 Uhr

**Abwesend Vormittag:**

Fritschi Anton, Hammel Urs, Kunz Urs, Ziegler Röbi und  
Zihlmann Iris

**Index**

Überweisungen . . . . . 1690

**Abwesend Nachmittag:**

Hammel Urs, Kunz Urs, Ziegler Röbi und Zihlmann Iris

**Kanzlei**

Mundschin Walter

**Protokoll:**

Troxler Urs, Maurer Andrea, Klee Alex und Laube Brigitta

**Traktanden**

9 2005/251  
Berichte des Regierungsrates vom 20. September 2005 und der Finanzkommission vom 6. Dezember 2005: Voranschlag 2006  
*beschlossen* 1681

10 2005/251- 01 bis 24  
Berichte des Regierungsrates vom 15. November 2005 und der Finanzkommission vom 6. Dezember 2005: Anträge zum Budget 2006  
*erledigt* 1681 und 1690

11 2005/288  
Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 3. November 2005: Qualitätssicherung auf Niveau A der Sekundarschule  
*überwiesen* 1705

**Nicht behandelte Traktanden**

12 2005/267 Berichte des Regierungsrates vom 20. September 2005 und der Finanzkommission vom 6. Dezember 2005: Jahresprogramm 2006

13 2005/262  
Berichte des Regierungsrates vom 27. September 2005 und der Justiz- und Polizeikommission vom 30. November 2005: Projekt Sicherheitsfunknetz "POLYCOM" - Teilnetz Basel-Landschaft

14 2005/261  
Berichte des Regierungsrates vom 27. September 2005 und der Justiz- und Polizeikommission vom 28. November 2005: Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonaler oder gesamtschweizerischer durchgeführten Lotterien und Wetten

15 2005/265  
Berichte des Regierungsrates vom 27. September 2005 und der Justiz- und Polizeikommission vom 30. November 2005: Standesinitiative "Strafbarkeit des Konsums von Kinderpornografie und anderer verbotener Pornografie sowie Erhöhung des Strafmasses von Art. 197 Ziffer 3bis des Schweizerischen Strafgesetzbuches"

16 2005/045  
Postulat von SVP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck

17 2005/047  
Interpellation von Urs Hintermann vom 3. Februar 2005: Vereinheitlichung Bauvorschriften und Bauverfahren. Schriftliche Antwort vom 26. April 2005

18 2005/068  
Interpellation von Urs Hintermann vom 24. Februar 2005: Einsprachen und Beschwerden. Schriftliche Antwort vom 26. April 2005

19 2005/061  
Postulat von Urs Hintermann vom 24. Februar 2005: Verfahrensbeschleunigung bei Baurekursen

20 2005/069  
Interpellation von Patrick Schäfli vom 24. Februar 2005: Parkraumbewirtschaftungskonzept Basel-Stadt: Baselbieter unerwünscht. Schriftliche Antwort vom 3. Mai 2005

21 2005/011  
Interpellation von Martin Rüegg vom 13. Januar 2005: Schwerverkehrskontrollen. Ergebnisse? Weitere Massnahmen?. Schriftliche Antwort vom 12. Mai 2005

22 2005/098  
Postulat der SVP-Fraktion vom 7. April 2005: Effilex: Kündigung der Übereinkunft betreffend die Polizeitransporte

23 2005/145  
Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. Mai 2005: Fahrverbot für den Schwerverkehr auf der Hauptstrasse in Augst

24 2005/232  
Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in beiden Basel



Nr. 1546

**Begrüssung, Mitteilungen**

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** begrüsst die Kolleginnen und Kollegen zur Fortsetzung der Budgetdebatte vom Vortag.

– *Entschuldigungen*

*Vormittags:* Fritschi Anton, Hammel Urs, Kunz Urs, Ziegler Röbi und Zihlmann Iris

*Nachmittags:* Hammel Urs, Kunz Urs, Ziegler Röbi und Zihlmann Iris

– *Vorbemerkung des Landratspräsidenten, **Eric Nussbaumer***

CVP-Ständerat Carlo Schmid warf dem Bundesrat anlässlich der aktuell tobenden Swisscomm-Debatte vor, er, der Bundesrat, habe in dieser Angelegenheit eingegriffen, als ob er an kein Gesetz gebunden wäre. Carlo Schmid wörtlich:

*Wir, der Ständerat, haben als in einem Rechtsstaat mit politischer Macht ausgestattetes Gremium dafür zu sorgen, dass die rechtlichen Abläufe auch eingehalten werden; wir haben uns selbst daran zu halten.*

In der Detailberatung zum Voranschlag 2006 wird sich der Landrat mit pauschalen Budgetanträgen ohne nähere Spezifikation und ohne Zweckbindung befassen müssen. Als Landratspräsident hielt es Eric Nussbaumer für richtig, dazu eine Stellungnahme des regierungsrätlichen Rechtsdienstes erarbeiten zu lassen, um zu klären, ob sich derartige Budgetkürzungen globaler Art mit dem geltenden Recht vertragen. Das allen Fraktionen nun vorliegende Rechtsgutachten soll als eine Hilfestellung begriffen werden – nicht mehr und nicht weniger. Die Kernaussage lautet: Die mit der entsprechenden Spezifizierung verbundene Budgetierungskompetenz kann vom Landrat mit den heute vorhandenen Grundlagen nicht delegiert werden, auch wenn dies der Landrat in den Vorjahren schon mehrmals getan hat.

Tipp und Weihnachtswunsch des Landratspräsidenten: Bedenken Sie in ihrer Entscheidungsfindung, dass Sie – wie von Carlo Schmid angemahnt – an Verfassung und Gesetz gebunden sind.

*Für das Protokoll:*

*Urs Troxler, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1547

**9 2005/251**

**Berichte des Regierungsrates vom 20. September 2005 und der Finanzkommission vom 6. Dezember 2005: Voranschlag 2006**

**10 2005/251- 01 bis 24**

**Berichte des Regierungsrates vom 15. November 2005 und der Finanzkommission vom 6. Dezember 2005: Anträge zum Budget 2006**

**Antrag 2005/251-01 CVP/EVP-Fraktion betreffend Personalaufwand, alle Direktionen exkl. Gerichte (Konto 30)**

**Annemarie Marbet** stellt voran, bei den Anträgen 1 bis 7 handle es sich um die besagten Pauschalanträge. In ihrem ersten Landratsjahr war Annemarie Marbet den Pauschalanträgen auch noch verfallen. Die bestandenen Kolleginnen und Kollegen wiesen sie in der Folge auf die Gesetzeswidrigkeit von Pauschalanträgen hin, worauf sie ihre Pauschalanträge, mangels Spezifizierung, zurückzog. Heisst der Landrat Pauschalanträge gut, so handelt er nicht gesetzeskonform. Der Landrat politisiert nicht in Berlusconi-Italien. Sollte der Landrat die Pauschalanträge gutheissen, so würde dies die SP als Teilrückweisung des Budgets auffassen. Dies wiederum würde bedeuten, dass das Gesamtbudget nicht genehmigt werden könnte.

Zum Antrag 2005/251-01: Im Rahmen der GAP-Übung wurden bereits rund 64 Stellen abgebaut und der marginale Ausbau wurde entweder vom Landrat bestimmt oder er ist gesetzlich festgelegt, Stichwort dazu: Anzahl Schüler pro Klasse. Dass der Personalaufwand von rund 918 Millionen Franken um 1 Promille gekürzt werden soll, muss als Kleinkrämerei bezeichnet werden; bleibt zu hoffen, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier des Kantons Basel-Landschaft mehr zu bieten haben als diese Erbsenzählerei. Die SP lehnt den Antrag ab.

**Eugen Tanner** und die Fraktion der CVP/EVP unterzogen sich nach der gestern über den Landrat herein "gebrasselten" Kapuzinerpredigt von Ruedi Brassel einer rechts- und staatspolitischen Gewissenserforschung und kamen zum Schluss: Wir halten an den Anträgen fest!

Zum Antrag an sich erinnert Eugen Tanner an das 29 prozentige Wachstum des Personalaufwands seit dem Jahre 2000. Damit wuchs der Personalaufwand doppelt so stark wie der Gesamtaufwand. Der Anteil des Personalaufwands am Gesamtaufwand stieg markant von 32 auf 36 Prozent an. Festzuhalten ist, dass der Antrag in keiner Weise als Strafaktion gegenüber dem Personal zu verstehen ist. Und den Kolleginnen und Kollegen, die einen guten Draht zum VPOD unterhalten, sei geraten, ihrem Verband klar zu machen, dass die Massnahme nichts mit einem Personalabbau zu tun hat. Es geht einzig um eine bescheidene Korrektur bei der Weiterentwicklung des Personalaufwands.

Eugen Tanner und die CVP/EVP-Fraktion bitten den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** meldet sich vorab ebenfalls grundsätzlich zu den Pauschalanträgen: Das Gutachten des Rechtsdienstes erwähnt, die geltenden Bestimmungen liessen völlig offen, auf welcher Kontoebene die Bud-

getanträge eingereicht und beschlossen werden können. Globale Budgetanträge seien deshalb auch für die obersten Kontenebenen zulässig. Die Frage nach der Zulassung von pauschalen Budgetänderungsanträgen über alle Direktionen ohne konkrete Zuordnung zu einer konkreten Dienststelle wird mit Ja beantwortet. An dieser, auch in den vergangenen Jahren gelebten Praxis hält die SVP-Fraktion fest, ebenso am globalen Budgetantrag, den die SVP eingereicht hat. Die Pauschalanträge als Rückweisung des Budgets zu behandeln, ist, gemessen an der geltenden Praxis, nicht realistisch. Letztlich handelt es sich, wie auch der Rechtsdienst folgert, um eine politische Frage, ob der Landrat an der bisherigen Praxis festhalten will oder nicht. Sollte eine Praxisänderung angestrebt werden, so müsste dies über eine Revision des Finanzhaushaltsgesetzes geschehen. Dieser Aussage kann die SVP zustimmen.

Dem Budgetantrag 01, dessen Auswirkungen RR Adrian Ballmer schon gestern bloss im Promillebereich ansiedelte, und der ohne Stellenabbau realisierbar ist, gibt die SVP ihre Stimme.

**Christine Mangold** stimmt dem Antrag namens der FDP-Fraktion zu. Es handelt sich weder um einen Antrag auf Lohnkürzung noch auf Entlassungen oder Personalabbau. Unfair ist die Auslegung, wer dem Antrag zustimme, votiere für Entlassungen und Lohnkürzungen. Dass die Arbeit des Personals hoch geschätzt wird, wurde nun vielfach dargelegt, und die FDP schliesst sich dieser Wertschätzung an. Mit Blick auf die eingereichte (Personalstopp-) Motion müsste aber diese Kürzung um eine Million Franken möglich sein. Eingespart werden könnte die Million, indem bei Pensionierungen und Fluktuationen frei werdende Stellen nicht mehr zwingend neu besetzt werden.

**Jürg Wiedemann** und die Fraktion der Grünen möchten das Budget heute verabschieden, was allerdings nur möglich wäre, wenn die finanzhaushaltsgesetzeswidrigen pauschalen Budgetanträgen abgelehnt würden.

Auch inhaltlich spricht einiges gegen die Pauschalanträge: So erscheint der Betrag von einer Million Franken im Verhältnis zum Gesamtaufwand für das Personal von 913 Millionen Franken gering. Und doch würde dieser durchaus substantielle Betrag bei den Mitarbeitenden einmal mehr Unsicherheit, Existenzängste und Motivationsverluste verursachen. Nicht so entscheidend ist, dies an die Adresse von Christine Mangold, wie viele Stellen letztlich eingespart werden, sondern wie diese Botschaft bei den Mitarbeitenden ankommt. Budgetantrag 01 ist überdies nur einer von vielen, in den letzten Jahren eingereichten Vorstössen, die allesamt in dieselbe Richtung zeigen.

Bereits heute ängstigen sich die Mitarbeitenden vor Stellenverlust, Arbeitslosigkeit und dem mit dem Stellenabbau verbundenen grösseren Stress, der dadurch entsteht, dass sie in kürzerer Zeit mehr leisten müssen. Viele Mitarbeitende sind diesem Stress nicht gewachsen und leiden gesundheitlich. Die volkswirtschaftlichen Folgekosten sind immens.

Arbeitsunzufriedenheit, spürbarer Motivationsverlust, Abbau des service public, Qualitätsverlust und eine geringere Arbeitsleistung bilden die Konsequenzen – schlechte Voraussetzungen für qualifizierte Arbeit der Mitarbeitenden. Die grüne Fraktion hält den volkswirtschaftlichen Schaden durch den Antrag für grösser als den allenfalls einzusparenden Betrag von einer Million Franken.

Mit keinem Wort sagt die CVP, wo die Million eingespart

werden sollte, welche Personen in welchen Bereichen betroffen wären und welche Leistungen abgebaut werden sollten. Möchte die CVP mit dieser Million vier der fünf Regierungsräte abschaffen!?

**Rudolf Keller** lässt festhalten, eine Million Franken erachte er nicht als geringen, sondern noch immer als grossen Betrag.

Völlig unangemessen ist es, in Zusammenhang mit dem Antrag das Wort Entlassung zu verwenden. Wie in vielen anderen Firmen wird wohl eher bei der Pensionierung von zwei Personen nur noch eine ersetzt. Im Verlaufe eines Arbeitslebens und der Entwicklung einer Firma stehen auch beim Staat immer wieder kontinuierliche Prozesse an, die damit enden, dass gewisse Abläufe verändert und einzelne Arbeiten nicht mehr erbracht werden müssen. Absolut sozialverträglich kann eine solche minimale Veränderung beim Kanton verantwortet werden. Die Schweizer Demokraten stimmen dem Antrag 01 sowie den noch folgenden Kürzungsanträgen zu.

**RR Adrian Ballmer** verzichtet auf die Wiederholung seiner Argumente anlässlich der Eintretensdebatte, bedauert aber – Ruedi Brassel zugewendet – dass nun, statt sich mit dem Inhalt zu befassen, ein Geplänkel um – sorry – blöde Formalien vom Zaun gerissen wird.

Viel wichtiger als die Pauschalierung dieser vielleicht wirklich nicht matchentscheidenden Kürzung von einer Million Franken ist das damit ausgesendete, negative Signal. Zwar darf man dem Personal für die erbrachte Leistung gerne freundlich danke sagen, doch: *Wer will Worte hören, wenn er Taten sehen kann?*

Die Regierung geht den Weg der generellen Aufgabenüberprüfung, damit werden zwischen 60 und 70 Stellen gestrichen. Andererseits darf das Parlament nie übersehen, dass nicht bloss der Totalaufwand steigt, sondern auch der Aufgabenberg grösser wird und damit die Ausgaben ansteigen. Nicht gerätselt werden muss dabei um die Frage, was zuerst war, ob das Huhn oder das Ei. (*Man entschuldige den Ausdruck Huhn, persönlich ist er nicht gemeint – auch Guggel wäre nicht persönlich gemeint gewesen.*)

Die Steigerung von Aufgaben führt also zu Steigerungen beim Personalaufwand und hat Auswirkungen auf die Mechanisierung (Informatik) in der Verwaltung. An eben diesen beiden Stellen wird nun bedauerlicherweise, wenig rational und nicht WOV-konform einzuwirken versucht.

Aus einer Position hoch über den Wolken kann man wohl feststellen, ein Stellenstopp habe mit Entlassungen nichts gemein. In Wirklichkeit aber kommt eine sich weiter entwickelnde, mit neuen Aufgaben betraute Verwaltung, die neue Prioritäten setzen muss, nicht umhin, in gewissen Bereichen zusätzliches, meist akademisches Personal einzustellen.

Selbstverständlich hat jede Direktion ihre Pensionierungen für 2006 genau geplant und in die Budgetierung einfließen lassen. Die Regierung wird nicht von Pensionierungen überrascht.

Insgesamt sollte die Angelegenheit etwas nüchterner betrachtet werden. Niemand wird wegen des Antrags Sozialhilfe beantragen müssen, doch wirkt er als negatives Signal, was der Finanzdirektor als personalverantwortlicher Regierungsrat sehr bedauert.

://: Der Landrat stimm Antrag 2005/251-01 CVP/EVP-Fraktion mit 44 gegen 33 Stimmen bei 5

Enthaltungen zu.

**Antrag 2005/251-02 CVP/EVP-Fraktion betreffend Maschinen, Apparate, Instrumente; alle Direktionen (inkl. Spitäler) und Gerichte (Konto 311.5)**

Mit folgender Begründung bittet **RR Adrian Ballmer**, diesen Antrag abzulehnen: Im Sinne eines vorbehaltenen Entschlusses machte sich die Regierung Gedanken über die Auswirkungen dieses Antrags. Die allgemeine Verwaltung müsste eine unbedeutende Kürzung von 1200 Franken hinnehmen, die Gerichte 1900, die FKD marginale 400 Franken, die VSD aber 424'000 Franken; primär betroffen wären die Kantonsspitäler, die Kantonalen Psychiatrischen Dienste und das Kantonslabor. Im Kantonsspital Liestal bedeutete die Kürzung den Verzicht auf dringend notwendige Anschaffungen und Ersatzbeschaffungen wie etwa Hämodialysegeräte, Ultraschallgeräte oder chirurgische Instrumente. Gefährdet wäre die Schritthaltung mit der medizinisch technischen Entwicklung. Im Kantonsspital Bruderholz müsste auf die neuartige Entsorgung der Speiseresten und auf verschiedene Anschaffungen in der Physiotherapie verzichtet werden. In der Kantonalen Psychiatrischen Klinik müsste die Anschaffung von Apparaten und Maschinen, die den heutigen Sicherheitsvorschriften nicht mehr entsprechen, gestrichen werden. Die Qualität im Bereich der Hygiene könnte nicht aufrecht erhalten werden. Im kantonalen Laboratorium besteht wegen Kürzungen im letzten Budget massiver Nachholbedarf. Dringend notwendig ist beispielsweise ein Autoklav oder ein GC-MS (Gaschromatograph-Massenspektrograph). In der BUD würden 139'000 Franken gekürzt, etwa für die Neuanschaffung eines Feinstaubbestimmungsgerätes, für Pegelmessgeräte im Grundwassernetz und Weiteres. Die JPMD wäre mit 121'000 Franken betroffen, müsste auf Ersatzbeschaffungen verzichten und die BKSD müsste bei Kürzungen von 11'200 Franken Abstriche in der Römerstadt machen. Der Finanzdirektor bittet auf die Kürzungen zu verzichten.

**Eugen Tanners** folgende Bemerkungen beziehen sich grundsätzlich auf sämtliche Anträge zum Bereich Sachaufwand: Die Motion verlangte beim Sachaufwand Nullwachstum. Vorgelegt wird nun ein Budget mit einem Zuwachs von 8,5 Millionen. Wer die Anträge zusammenrechnet, wird auf einen Sparbetrag von eben diesen 8,5 Millionen Franken gelangen. Zur Kürzung ausgewählt wurden Sachaufwändungen, die in den vergangenen Jahren ein massives Wachstum verzeichneten.

Zum Budgetieren an sich: In der Budgetvorlage wird begründet, wofür die gegenüber dem letztjährigen Budget zusätzlichen Mittel eingestellt werden müssen. Was aber von früher her schon vorhanden ist, wird nicht erwähnt. Vom Eisberg wird bloss die Spitze wahrgenommen, sie wird ausgiebig begründet, über den nicht sichtbaren, darunter liegenden Berg aber schweigt des Sängers Höflichkeit. Regierung und Verwaltung seien deshalb aufgefordert, endlich von Null auszugehen und festzustellen, was im Jahr 2006 wirklich benötigt wird. Fazit: Soll das Ziel, die Finanzen in den Griff zu bekommen, verfolgt werden, so muss auch bei kleinen Positionen angesetzt werden. Bitte stimmen Sie dem Postulat zu!

**Annemarie Marbet** ruft die eben vernommene, plastische Schilderung des Finanzdirektors zur Frage, wo welche

Kürzungen vorgenommen werden müssen, in Erinnerung. Damit hat er die von der SP verlangte Spezifizierung erbracht. Antragsteller Eugen Tanner aber hat zu diesen Spezifizierungen kein Wort verloren, er hat sich wiederum hinter der Pauschalisierung verschanzt. Was soll denn geschehen, wenn im Spital der MRI plötzlich nicht mehr funktioniert?

Die SP lehnt auch diesen Antrag einstimmig ab.

**Daniela Schneeberger**, FDP, hält sich kurz, schliesst sich den Argumenten des Antragstellers an und stimmt dem Budgetantrag zu.

Denselben Weg geht **Hans-Jürgen Ringgenberg**, SVP.

**Jürg Wiedemann** und die grüne Fraktion können sich durchaus vorstellen, dass in einzelnen Direktionen allenfalls auf gewisse vorgesehene, nicht absolut zwingend notwendige Neu- und Ersatzbeschaffungen verzichtet werden könnte. Denkbar also ist, dass Anschaffungen ausgestellt werden, ohne dass Leistungen gekürzt werden müssten. Allerdings hat das Parlament darüber keine Sicherheit, nicht einmal annähernde Sicherheit hat das Parlament. Persönlich geht Jürg Wiedemann davon aus, dass Verwaltung und Regierung, die ab und zu auch gute Arbeit leisten – diese Bemerkung sei ganz ohne Zynismus eingeflochten – seriöse Überlegungen anstellen, wenn sie ein Budget formulieren. Wer kürzen will, hat zu dokumentieren, wo er dies möchte; genau das aber unterlässt die CVP. Wo der Leistungsabbau erfolgen soll, ist auch bei Antrag 02 völlig unklar. Deshalb stimmt die grüne Fraktion dem Antrag nicht zu.

**Bruno Steiger** verweist Jürg Wiedemann auf die erschreckend ansteigende Staatsquote. Die CVP hat nun, entgegen den Behauptungen Jürg Wiedemanns, die krassen Posten herausgesucht. Irgendwann muss sich der Staat beschränken und das Beste aus dem Bestehenden machen, auch wenn Finanzdirektor Adrian Ballmer verständlicherweise jammert.

Wünschenswert wäre ein ebenso haushälterischer Umgang mit den Steuergeldern durch die CVP in Allschwil. Die Schweizer Demokraten stimmen dem Antrag überzeugt zu.

**Helen Wegmüller** meint an die Adresse Herrn Wiedemanns, wie denn die Parlamentarierinnen, die bekanntlich nicht auf der operativen Ebene arbeiten, derart ins Detail Einblick haben sollten.

Auch **RR Adrian Ballmer** sieht häufig nicht ins Detail, deshalb muss er seinen Leuten Vertrauen schenken. Wer aber nicht ins Detail blickt und trotzdem einfach kürzt, handelt doch etwas fahrlässig.

Davon auszugehen, Verwaltung und Regierung würden unbeachtet des schon aus dem vergangenen Jahr vorhandenen einfach neue Aufgaben und Projekte anhäufen, entspricht nicht der Realität. Nullwachstum beim Personalaufwand sowie Nullwachstum beim Sachaufwand darf aber definitiv nur bei gleichzeitigem Nullwachstum bei den Aufgaben erwartet werden. Ein Blick auf die Traktandenlisten des Jahres 2005 zeigt dem Parlament auf, wo und in welchen Bereichen es zusätzliche Aufgaben beschlossen hat. Deshalb hier noch einmal die Verteilung des 284 Millionen Franken teuren Sachaufwands:

VSD: 114 Millionen

BUD: 76 Millionen

BKSD: 33 Millionen

JPMD: 25 Millionen

FKD und Gerichte: 10 Millionen

Die VSD benötigt beispielsweise knapp 40 Millionen Franken für medizinisches Verbrauchsmaterial und 12,8 Millionen Franken schlagen für Arzthonorare zu Buche, die Lebensmittel mit 9,4 Millionen Franken.

**RR Urs Wüthrich** tritt dem Vorwurf entgegen, ohne Pauschalanträge könnten keine Kürzungen erwirkt werden. Zumindest der Finanzkommission wäre das benötigte Datenmaterial zur Verfügung gestanden, um zu realisieren, dass die Budgetierung von unten nach oben gestaltet wurde und nicht einfach auf Bestehendes dazu geladen wurde. Diese Feststellung bestätigt die Tatsache, dass einzelne Direktionen unterhalb des Vorjahresbudgets liegen. Nicht sehr motivierend für die Mitarbeitenden, wenn das Budget zwar unter dem Vorjahr abschliesst, der Vorsteher aber trotzdem vom Landrat mit dem Auftrag zurückkommt: Nun müsst ihr aber trotzdem noch Kürzungen vornehmen!

://: Der Landrat stimmt dem Antrag 2005/251-02 der CVP/EVP-Fraktion betreffend Maschinen, Apparate, Instrumente mit 43 zu 36 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu.

#### **Antrag 2005/251-03 SVP-Fraktion betreffend Informatik; alle Direktionen und Gerichte (Konto 311.8)**

Kommissionspräsident **Marc Joset** informiert, dass der Regierungsrat zu Antrag 03 – ganz im Gegensatz zu den beiden voran gegangenen – eine ausführlich spezifizierte Information über die Budgetierung und das Planungsverfahren im Bereich der Informatik vorgetragen hatte. Die gründliche Argumentation führte die Kommission zur Überzeugung, der Antrag sei abzulehnen. Mit der Annahme des Antrags wären die Realisierung sowohl neuer wie auch bereits laufender Grossprojekte im Bereich der Informatik betroffen.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** ruft in Erinnerung, dass in jedem der drei vergangenen Jahre jeweils ein Antrag auf Senkung der Informatikkosten gestellt wurde. Festzustellen ist, dass die Informatikkosten seit dem Jahre 2000 um rund 70 Prozent angestiegen sind. Was die Anschaffung von Hard- und Software im Informatikbereich betrifft, ist ganz einfach kein Sparwille zu erkennen. Die in der Vorlage aufgelisteten Kosten betragen 6,85 Millionen, das reduzierte Budget betrüge rund 13 Millionen Franken. Da stellt sich die Frage, worum es sich bei diesen Kosten handelt. Eugen Tanner hat durchaus Recht, wenn er postuliert, beim Budgetierten sollte wieder mal von vorne, von ganz unten angefangen werden. Mit dem Antrag soll erreicht werden, dass sich die Verantwortlichen beim Budgetieren nach den Finanzen richten, statt zu planen und zu projizieren und am Schluss zu konstatieren, dass das Budget wie in diesem Jahr, mal wieder um 13 Prozent überschritten ist.

Die SVP hält am Antrag fest und bittet den Rat um Zustimmung.

**Annemarie Marbet** lehnt auch diesen Antrag namens der SP ab. Die PUK Informatik hat viel Licht in das Gewirr der

Informatik gebracht, verlangte Massnahmen sind eingeleitet. Mit der beantragten Kürzung würden diese Abläufe behindert, eventuell gestoppt oder zumindest erschwert. Wer sich die Mühe nähme, am eigenen Arbeitsplatz mal die Höhe der Informatikinvestitionen zu überprüfen, dürfte staunen über die in den letzten Jahren aufgestockten Positionen. Wichtige Projekte wie Census, Motorfahrzeugkontrolle, Wohnmeldepflicht und GIS stehen im Jahre 2006 auf der Prioritätenliste an. Informatik ist ein Werkzeug, das nicht zum Nulltarif zu haben ist.

**Juliana Nufer** beziehungsweise die FDP-Fraktion verlangte zum permanent diskutierten Thema Informatik eine Präsentation in der Finanzkommission. Resultat des Hearings ist die Feststellung, dass in der Informatik keine Zunahme der Gesamtkosten zu verzeichnen ist; zudem wurde transparent ausgeführt, welche Vorhaben realisiert werden sollten. Ganz im Sinne von Annemarie Marbet ist entschieden darauf hinzuweisen, dass die Informatik ein Hilfsmittel für effizientes Arbeiten ist.

Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag ab.

**Jürg Wiedemann** stellt voran, die Kritik des Landrates anlässlich der letztjährigen Budgetdebatte an der Ausgabenpolitik im Informatikbereich habe die Regierung sehr ernst genommen. Im Budget '06 wurde gesamthaft weniger budgetiert als im Jahre 2005. Nun will die SVP die bereits reduzierten Informatikausgaben um 1,7 Millionen Franken weiter auf 13 Millionen reduzieren. Hans-Jürgen Ringgenberg möge doch klären, warum die SVP 13 Millionen und nicht 12 oder 11 Millionen oder vielleicht auch 15 Millionen beantrage. Inhaltlich lassen sich die 13 Millionen sicherlich nicht begründen. Wie auch immer die Regierung budgetiert hätte, klar ist, dass die SVP so oder so ein Budgetpostulat eingereicht hätte. Ganz offensichtlich reicht die SVP grundsätzlich ein Postulat ein, völlig unabhängig vom Budgetvorschlag der Regierung. Hat die SVP allenfalls ganz einfach Spass am Einreichen von Budgetpostulaten? Wie auch immer, die Haltung ist gefährlich und motiviert die Regierung, das entsprechende Konto vorgängig um jenen Betrag hochzuschrauben, den die SVP erwartungs- und erfahrungsgemäss per Budgetpostulat reduzieren möchte. Korrekt wäre doch, sich zu überlegen, welche Informatikprojekte wichtig, welche zwingend notwendig sind und dazu die benötigten Mittel zu sprechen. Weil angenommen werden muss, dass sich die SVP solche Gedanken nicht macht, sollte jedes Parlamentsmitglied gut überlegen, ob die SVP-Finanzpolitik seriös ist.

Die grüne Fraktion lehnt das Budgetpostulat ab.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** weist die wenig sachlichen Angriffe Jürg Wiedemanns vehement zurück. Selbstverständlich hat sich die SVP den Antrag gut überlegt; zudem ist er, leicht nachzulesen, begründet. Die SVP will, dass die Informatikkosten nicht höher liegen als jene vom Vorjahr, also bei 13 Millionen. Dies ist doch wohl ein legitimes Anliegen einer Partei, die dafür eintritt, dass der Sachaufwand stabilisiert wird. Selbstverständlich ist es notwendig, Prioritäten zu setzen – lieber Jürg Wiedemann – doch genau so wichtig ist das Handeln entsprechend der verfügbaren Finanzen. Wer einen neuen PC kaufen will, die nötigen Mittel aber nicht hat, muss sein Vorhaben halt auf nächstes Jahr vertagen.

**Bruno Steiger** hat bis vor Kurzem einen klaren Sparwillen

feststellen können; nun aber ist die Enttäuschung umso grösser, nachdem die FDP schon beim dritten Antrag "den Schwanz wieder einzieht". Dass die Informatikkosten Jahr für Jahr um Millionen nach oben geschraubt werden, geht doch einfach nicht an. Nichts ist vernünftiger und verantwortungsvoller, als hier einen Stopp zu setzen und die Mittel auf der Höhe des letzten Jahres einzufrieren. Die Schweizer Demokraten unterstützen den Antrag überzeugt.

**Thomi Jourdan** spricht Annemarie Marbet an, die meinte, in der Informatik sei nichts zum Nulltarif zu haben. Erinnert sei an die Diskussion um open source im Landrat. Diesbezügliche Nachforschungen ergaben, dass hier und da etwas davon gemacht, vieles aber unterlassen wird. Einig geht Thomi Jourdan mit dem Argument, dass einzelne Grossprojekte viel kosten und unbedingt durchgezogen werden müssen. Ein grosser Anteil der Informatikkosten einer Verwaltung aber geht auf das Konto von Administrativcomputern, Windows und Zugehöriges. Jahr für Jahr muss das Parlament lesen und hören, dass neue Maschinen, neue Software, neue Lizenz- und neue Wartungsverträge gekauft werden müssen. Diese Kosten, würden sie zusammengerechnet, bewegen sich sicherlich in der Grössenordnung von 1,7 Millionen Franken. Wirklich nötig wäre die Diskussion, ob in Arbeitsgruppen und ganzen Abteilungen nicht endlich auf open source umgestellt werden könnte, denn open source-Lösungen wären eben – Annemarie Marbet – zum Nulltarif zu haben. Bereits haben Bundesländer und ganze Länder auf open source umgestellt, im Baselbiet aber wird noch immer verfahren, als gäbe es nur eine Firma, nämlich jene, die in Redmond sitzt. Die 1,7 Millionen könnten sinnvollerweise für anderes eingesetzt werden, während Jahrzehnten beispielsweise in der Beratungsstelle für Schwangerschafts- und Lebensfragen.

Die Frage, ob alle Anwesenden wissen, wovon die Rede ist, verkneift sich **RR Adrian Ballmer**.

Bereits im Budget 2005 hat das Parlament das Informatikbudget um 1,12 Millionen Franken gekürzt. Die beantragte Kürzung setzt somit auf einem bereits gekürzten Budget auf. Rund 70 Prozent des Informatikbudgets werden für Unterhalt und Betrieb, 20 Prozent für neue Vorhaben und 10 Prozent für Erweiterungen von Vorhaben ausgegeben. Eine weitere Kürzung wirkte sich schwergewichtig auf den Bereich der neuen oder erweiterten Vorhaben aus. Sollte Thomas Jourdan seine guten Dienste zu Gunsten eines viel günstigeren Leistungseinkaufs anbieten wollen, so ist er freundlich gebeten, sich beim Finanzdirektor zu melden – im Erfolgsfalle dürfte er mit einer Leistungsprämie rechnen.

Wer, statt einfach ein Konto aus dem Kontext herauszugreifen, das Gesamte ins Blickfeld rückte, könnte feststellen, dass im letztjährigen Budget 32'830'902 Franken eingestellt sind, und im vorliegenden Budget 10'457 Franken weniger. Deshalb noch einmal: Das Budget weist niedrigere Zahlen auf als das im letzten Jahr um 1,17 Millionen gekürzte Budget.

Bruno Steiger zugewandt bemerkt der Finanzdirektor, er sei von der FDP, einer Partei der Vernunft, nicht enttäuscht. Dass sie vernünftig überlegen und handeln kann, habe sie unter Beweis gestellt.

Für jedes gute Dienstleistungsunternehmen, somit auch für den Kanton, ist die Informatik ein Schlüsselfaktor. Im Vergleich mit anderen Unternehmen stellt sich heraus,

dass sich die Kostensteigerungen in einem ähnlichen Rahmen bewegen.

Insgesamt gewinnt der Finanzdirektor den Eindruck, dass im Zusammenhang mit dem Budget des Kantons die emotionale Bedeutung der Informatik wesentlich grösser ist als die rationale. Und nicht zu vergessen ist: Die PUK Informatik hat die Informatikkosten nicht etwa reduziert.

://: Der Landrat lehnt den Antrag 2005/251-03 der SVP-Fraktion betreffend Informatik mit 47 zu 35 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

#### **Antrag 2005/251-04 CVP/EVP-Fraktion betreffend Informatik; alle Direktionen (inkl. Spitäler) und Gerichte (Konto 311.8)**

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** gibt bekannt, dass dieser Antrag zugunsten von Antrag 2005/251-03 zurückgezogen wurde.

#### **Antrag 2005/251-05 CVP/EVP-Fraktion betreffend Anlässe, öffentl. Veranstaltungen; alle Direktionen (inkl. Spitäler) und Gerichte (Konto 317.3)**

**Annemarie Marbet** führt aus, die Verwaltung müsse sich zwar nach aussen verkaufen, transparent machen, was sie tut, beispielsweise durch das Sozialamt für die Gemeinden Schulungen durchführen zu lassen, doch darf auch dies wiederum nichts kosten. Zudem verlangt der Landrat im Budget die Kostenwahrheit, es muss also gemäss dem Bruttoprinzip budgetiert werden; nun sollen Ausgaben gestrichen, die Einnahmen aber im Budget belassen werden. Wie sollen Einnahmen generiert werden, wenn das Römerfest nicht stattfinden kann? Augusta Raurica wirkt als Highlight weit über Liestal, die Kantons- und Landesgrenzen hinaus; dies sollten alle, auch die CVP/EVP, zur Kenntnis nehmen. Das Baselbiet muss und soll seine Kulturschätze zeigen.

Die SP lehnt auch diesen Antrag ab.

**Daniela Schneeberger** hat sich auf Basis der regierungsrätlichen Begründungen über sämtliche Verwaltungsbereiche hinweg eine Liste zu Konto 317.30 (Anlässe und öffentliche Veranstaltungen) erarbeitet. Die Liste erreicht einen enormen Umfang, so dass sicherlich nicht behauptet werden darf, wegen der Bruttoverbuchung könne das Römerfest nicht durchgeführt werden; diese Behauptung muss im Gegenteil als dürrtiges Tränendrüsenargument zurückgewiesen werden.

Die Fraktion der FDP wird dem Antrag zustimmen.

**Philipp Schoch** moniert, erneut wolle die FDP zwar sparen, wo aber zu sparen wäre, werde nicht gesagt. Wenn der Regierungsrat nun vorschläge, beim Römerfest zu sparen, treffe er sowohl in kultureller wie auch in touristischer Hinsicht eine ausgesprochen schlechte Wahl für den Kanton.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** teilt die Haltung Daniela Schneebergers, tatsächlich werde mit der Drohung, nun müsse das Römerfest abgeschafft werden, bloss auf die Tränendrüsen gedrückt. Aufgabe der Regierung ist es, aus dem Katalog jene Anlässe herauszufiltern, die unbedingt stattfinden sollen, und jene zu streichen, die nur das

Prädikat nice to have erfüllen. Wenn die Linke unbedingt hören möchte, wo oder was gestrichen werden sollte, dann würde Hans-Jürgen Ringgenberg beispielsweise auch die Abschaffung des Gleichstellungsbüros erwähnen.

*(Protest, lauthals)*

**RR Urs Wüthrich** gestattet sich, zwei Tränen beizufügen und schickt voraus, das Gleichstellungsbüro bisher nicht als Apero verstanden zu haben.

Weil viele der von Daniela Schneeberger aufgelisteten Positionen derart klein sind, dass sie nicht den gewünschten Effekt erzielen, bleibt kaum etwas anderes übrig, als beim Römerfest zu streichen. Wenig zweckmässig empfände der Bildungsdirektor Streichungen zugunsten der Öffentlichkeitsarbeit (10'000 Franken) beim Werkjahr Baselland. Bessere Chancen zu schaffen für die Jugendlichen, die das Werkjahr besuchen müssen, dürfte wesentlich weniger kosten, als für Jugendliche ohne Lehrstelle zu sorgen. Auch für den über 70 Millionen teuren Heimbereich, bei dem im Zusammenhang mit dem NFA neue Aufgaben auf den Kanton zukommen, dürfte sich eine professionelle Kommunikation durchaus lohnen.

Gemäss Informationsstand von **Eugen Tanner** hat die Regierung nicht beschlossen, die Beiträge für Augusta Raurica zu streichen. Die Regierung erhält zwar die Vorgabe, ist aber frei, die Positionen auszuwählen. Festzustellen ist, dass die Aufwendungen seit dem Jahre 2000 um mehr als eine halbe Million Franken gestiegen sind. Zudem werden dies Auslagen nicht durch das Parlament in einem Gesetz bestimmt, vielmehr laufen die Auslagen unbemerkt im Budget mit, bis jemand feststellt: Wir haben ein Plus von 68 Prozent.

**RR Adrian Ballmer** gibt die Aufteilung der Kosten pro Direktion – in Klammern der potenzielle Kürzungsbetrag – bekannt. Im Budget sind 1,1914 Millionen Franken eingestellt, davon 15'200 Franken (-1'300) für die FKD, VSD 25'000 (-2'100), BUD 150'000 (-12'600), JPMD 280'100 (-23'500), BKSD 705'600 (-59'200), Gerichte 1500.

Die BKSD wird nicht umhin kommen, beim grössten Posten, dem Römerfest, Einsparungen vorzunehmen.

**Marc Joset** führt aus, die Finanzkommission habe die Antragstellenden ersucht, auch zu diesem pauschalen Antrag konkrete Vorschläge einzubringen. Nicht vom Römerfest war dann die Rede, sondern von den Imagekampagnen der JPMD. Wenn nun wirklich, wie bemerkt wurde, bei dieser Position im 100'000 Franken Bereich gekürzt werden sollte, so müsste dies nun hier gesagt werden.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag 2005/251-05 der CVP/EVP-Fraktion betreffend Anlässe, öffentl. Veranstaltungen mit 48 zu 32 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

**Antrag 2005/251-06 CVP/EVP-Fraktion betreffend Berater, Gutachter, Experten; alle Direktionen (inkl. Spitäler) und Gerichte (Konto 318.2)**

**Jürg Wiedemann** ist der Auffassung die vorgesehene, knapp 20 Prozent grosse Verminderung des Kontos 318.2 entspreche einer massiven, durch geringe Einschränkun-

gen nicht realisierbaren Reduzierung. Eine derart radikale Kürzung zu fordern, ohne sich der Folgen im Klaren zu sein, ist sehr fragwürdig.

**Juliana Nufer** und die Fraktion der FDP lehnen den Antrag nach detaillierter Beschäftigung ab. Festgestellt wurde etwa, dass die FKD, trotz grösserer zusätzlicher Projekte (Evaluation Lohnausweis, HR-System) gar Kosten eingespart hat.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** konstatiert: Im Jahre 2004 wurde die Position mit 9,4 Millionen Franken abgerechnet, nun sind 12 Millionen budgetiert. Die SVP stimmt dem Antrag zu.

**RR Adrian Ballmer** bittet den Rat inständig, diesen umfassend begründeten Schlüsselantrag abzulehnen. Die FKD hat beispielsweise vor Kurzem den Auftrag entgegen genommen, den gesamten Bereich Mehrwertsteuer zu hinterfragen. Ursache dafür ist ein Bundesgerichtsentscheid, der bestimmt, dass vom Kanton im Sozialbereich bei Dritten eingekaufte Leistungen Mehrwertsteuerpflichtig sind. Konsequenz: Die vom Kanton eingekauften Leistungen verteuern sich um Millionen. Die FKD hat sich nun entschlossen, durch externe Fachleute überprüfen zu lassen, wie der Kanton diese Mehrwertsteuerpflicht umschiffen könnte. Für solche Aufträge muss der Kanton externes, spezifisches Fachwissen einkaufen können. Zudem sei daran erinnert, dass die PUK verlangt, Fachwissen vermehrt von aussen einzukaufen.

**RR Urs Wüthrich** ruft zum einen die bereits letztes Jahr gestrichene Evaluation der Sekundarstufe 2 in Erinnerung. Für sehr problematisch hielte es der Bildungsdirektor, wenn der Landrat einerseits Qualität forderte, andererseits aber die Werkzeuge zur Erfüllung dieser Qualität verweigerte. Zum Zweiten gäbe sich der Life Sciences Standortkanton Basel-Landschaft der Lächerlichkeit preis, wenn er aus dem PISA-Projekt 2006, das bei den Naturwissenschaften einen Schwerpunkt setzt, aussteigen müsste. Und schliesslich, dies an die Adresse der SVP, für den sehr schwierig zu steuernden Bereich der speziellen Förderung wird zur Zeit versucht, mittels eines Pensenpools ein Kostendach festzulegen. Ohne externe Unterstützung ist diese Aufgabe nicht zu erbringen.

://: Der Landrat lehnt den Antrag 2005/251-06 CVP/EVP-Fraktion betreffend Berater, Gutachter, Experten mit 42 zu 34 Stimmen bei 3 Enthaltung ab.

**Antrag 2005/251-07 CVP/EVP-Fraktion betreffend übrige Dienstleistungen von Dritten; alle Direktionen (inkl. Spitäler) und Gerichte (Konto 318.9)**

**Annemarie Marbet** erkennt in diesem Antrag die Unsinnigkeit der Pauschalanträge besonders deutlich. Was soll gestrichen werden? GIS etwa, die Nachrüstung der Dienstfahrzeuge mit Staubpartikelfiltern oder die Auszahlung der Prämienverbilligung. Auf diese Projekte würde sich die Kürzung der vorgesehenen 1,5 Millionen Franken auswirken. Die SP lehnt diese Forderung eindeutig ab.

**Juliana Nufer** und die FDP-Fraktion lehnen den Antrag mit denselben Begründungen, wie sie eben von Annemarie Marbet vorgetragen wurden, ab.

Auch **Jürg Wiedemann** lehnt das Budgetpostulat namens der grünen Fraktion mit den erwähnten Begründungen ab.

**RR Elisabeth Schneider-Kenel** bittet den Rat, das Budgetpostulat abzulehnen; bereits in der Finanzkommission versuchte die BUD aufzuzeigen, dass im kommenden Jahr mit einer Million Franken zusätzlich ein GIS-Schwerpunkt über alle Direktionen und Gemeinden gesetzt werden soll. Zudem möchte die BUD im Sinne einer Vorbildfunktion alle Fahrzeuge mit Staubpartikelfiltern nachrüsten, Kosten: Eine halbe Million Franken. Der Rat ist inständig gebeten, der BUD diese Möglichkeiten zu gewähren.

://: Der Landrat lehnt den Antrag 2005/251-07 CVP/EVP-Fraktion betreffend übrige Dienstleistungen von Dritten mit 45 zu 29 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

### Landeskanzlei, Allgemeine Verwaltung, Ombudsman

*Position 1005 Landrat, Seite 1*

**Marc Joset** legt dar, dass das Büro des Landrates erst vergangene Woche einen Investitionsantrag über 15'000 Franken für die Live Audioübertragungen der Landratssitzungen im Internet gestellt hat. Die Finanzkommission hat zum Antrag materiell nicht Stellung bezogen, möchte ihn aber hier diskutieren lassen.

**Daniela Schneeberger** fühlt sich etwas irritiert, dass sich niemand zu Wort meldet, nachdem die Finanzkommission beschlossen hat, den Antrag im Plenum zur Diskussion zu stellen. Folgt man den Medienberichten, so ist die Liveübertragung inzwischen bereits installiert. Also, was soll's?

Kein Wortbegehren

://: Der Landrat stimmt dem Antrag des Büros, Konto 311.80 Informatik für die Audioübertragungen der Landratssitzungen um 15'000 Franken aufzustocken, mit 42 zu 30 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu.

### Finanz- und Kirchendirektion

Keine Anträge, kein Wortbegehren

### Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

Keine Anträge, kein Wortbegehren

### Bau- und Umweltschutzdirektion

**Antrag 2005/251-08 Ursula Jäggi, SP-Fraktion betreffend Leimental-Birstalprojektierung (Konto 2312.501.10-125)**

**Ursula Jäggi** möchte in diesem spezifizierten Antrag auf Kosten der Leimental-Birstalprojektierung, Anschluss an das Hochleistungsnetz 25'000 Franken streichen lassen. Da sich die Projektierung erst im Stadium des Richtplanentwurfs befindet und das Thema Südumfahrung noch keineswegs gesichert ist, sollte die Hälfte des Betrags bis zu jenem Zeitpunkt gestrichen werden, da klar wird, wie

es weiter gehen soll.

**Hanspeter Frey** und die Fraktion der FDP werden dieses Budgetpostulat ablehnen. Die Planungen hält die FDP für notwendig, grosse Würfe sind mit den 50'000 Franken ja nicht zu befürchten.

**Isaac Reber** konstatiert, dass sich mehrere, bisher sehr sparwillige Fraktionen bei diesem Sparantrag plötzlich sehr schwer tun. Wer für konsequentes Sparen eintritt, sollte hier, bei den Anträgen 08 und 09 seine Konsequenz unter Beweis stellen, zumal keine Dringlichkeit gegeben und auch klar spezifiziert ist, worum es geht.

Da überdies immer wieder der Luxusstandard im Strassenbau beklagt wird, kann hier exemplarisch gezeigt werden, dass der Staat nur realisieren will, was nötig ist, und streicht, was nicht benötigt wird.

**RR Elisabeth Schneider-Kenel** versteht Ursula Jäggi, denn klar ist, dass sie, die gegen die Südumfahrung votiert, auch den Projektierungskredit streichen möchte. Die Baudirektorin versichert indes, im Jahre 2006 werde sich die BUD nicht mit Planungen der Südumfahrung beschäftigen. Bekannt aber sollte sein, dass Aesch und das Industriegebiet Dornach, das Endstück der Südumfahrung, dringen einen Anschluss an die H 18 benötigen. Diese Planung nimmt die BUD nicht zuletzt unter grossem Druck Solothurns - an die Hand. Auch mit den Planungen des Anfangsstücks in Allschwil will die BUD voran kommen, damit der Zubringer Allschwil realisiert werden kann. Mit dem von Ursula Jäggi angesprochenen Bogen der Südumfahrung haben diese beiden Endstücke aber nichts zu tun. Aus diesen Gründen bittet die Baudirektorin den Rat, das Budgetpostulat abzulehnen.

://: Der Landrat lehnt den Antrag 2005/251-08 Ursula Jäggi, betreffend Leimental-Birstalprojektierung mit 46 zu 34 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

**Antrag 2005/251-09 Ursula Jäggi, SP-Fraktion betreffend Erneuerung und Veränderung der Kantonsstrassen und Nebenanlagen inkl. Brücken (Konto 2312.501.20-998 und 2312.501.20-999)**

**Ursula Jäggi** hat diese Budgetposition unter nicht geringem Rechercheaufwand als Begehren zu Gunsten der Sanierung des Kreisel zwischen Therwil und Oberwil identifiziert. In Übereinstimmung mit dem wählerneuten Gemeinderat Therwil geht es Ursula Jäggi nicht darum, die Erneuerung des Kreisels grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern um die Verschiebung des Vorhabens um ein oder zwei Jahre, weil die von Therwil aufzubringenden Mittel aktuell für andere Zwecke – Neubau Friedhof, Jugendhaus, Kunstrasenanlage – eingesetzt werden müssen. Die Landrätin bittet den Rat, ihrem Antrag, der zugegebenermassen unter dem Geläut der Heimatglocken entstanden ist, die Zustimmung zu erteilen.

**Hans-Jürgen Ringgenberg**, ebenfalls Einwohner von Therwil, befährt diesen Kreisel täglich, und meint, die Verschiebung des Projektes um ein oder zwei Jahre hätte weder sicherheits- noch komfortrelevante Auswirkungen. Die SVP stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

**Hanspeter Frey** und die FDP-Fraktion werden den Antrag

grossmehrheitlich ablehnen. Ob ein Kreisel nötig ist oder nicht, kann vom Landrat nicht beurteilt werden, doch wehrt sich die Fraktion gegen eine weitere Reduktion beim Strassenbau, der bereits mit mehr als 1,1 Millionen bluten musste. Am Verhandlungsgeschick des Gemeinderates Therwil mit der Bau- und Umweltschutzdirektion liegt es, den Zeitpunkt der Baurealisierung festzulegen.

**Madeleine Göschke**, Einwohnerin von Oberwil, gestattet sich ganz naiv zu fragen, was denn an diesem Kreisel nicht funktionstüchtig sein soll.

Seltsam erscheint der Antrag, so **RR Elisabeth Schneider-Kenel**, weil der Gemeinderat Therwil im Jahre 2004 der BUD ein Schreiben zukommen liess, in dem er die Hoffnung ausdrückte, dass der Kanton diesen Kreisel rasch sanieren werde. Problem dieses Kreisels, der im Rahmen der Sanierung des Mühlemattcenters erstellt wurde, ist der fehlende Unterbau. Nun müssen die EBM- und Swisscom-Werklleitungen verlegt werden. Die nur oberflächliche Betrachtung des Kreisels zeigt eben den wirklichen Zustand des Kreisels nicht korrekt an. Und: Der Landrat sollte sich im Klaren sein, dass die Kosten in zwei Jahren für dasselbe Bauwerk garantiert höher sein werden, als sie es heute sind. Schliesslich weist die Baudirektorin darauf hin, dass dieses Konto des Tiefbaus bereits in den vergangenen zwei Jahren jeweils massiv gekürzt wurde.

Würde ihr der Landrat versichern, dass der Betrag für ein anderes Projekt verwendet werden könnte, würde sich die Baudirektorin für die Verschiebung des Vorhabens in Therwil um ein Jahr einsetzen.

**Isaac Reber** erscheint die Methode, Gelder für irgendwelche Projekte im Budget zu belassen, in Anbetracht der Spardebatte definitiv sehr inkonsequent.

**Ursula Jäggi** beklagt, dass sie keine Gewähr hat, dass der Kreisel gebaut wird, wenn die Mittel nicht für diesen Zweck gebunden werden.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag 2005/251-09 von Ursula Jäggi, betreffend Erneuerung und Veränderung der Kantonsstrassen und Nebenanlagen inkl. Brücken mit 47 zu 28 Stimmen bei 7 Enthaltungen zu.

**Antrag 2005/251-10 und z.T. 16 SVP-Fraktion betreffend Fahrzeugbeschaffung Polizei; BUD (Konto 2315.311.70)**

**Marc Joset** weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit den folgenden Anträgen für das Jahr 2006 Vorlagen angekündigt sind. Der Landrat wird im Rahmen der Beratung dieser Vorlagen detailliert informiert werden. Schon jetzt materiell zu diskutieren und zu entscheiden, wäre nach Auffassung des Finanzkommissionspräsidenten ein unseriöses Vorgehen.

**Paul Svoboda** meldet sich zu den Anträgen 10 bis 14 zu Wort, die allesamt dieselbe Problematik beinhalten. In Übereinstimmung mit dem vom Finanzdirektor gestern Abend schön dargestellten Zusammenhang zwischen Staatsrechnung und Budget ist auch die SP der Meinung,

dass die Regierung verpflichtet ist, die im Jahresprogramm angekündigten Projekte und Massnahmen im Budget aufzunehmen. Genau damit schafft sie jene Transparenz, welche der Landrat immer wieder fordert. Mit der Zustimmung zum Budget ist noch kein Rappen ausgegeben, denn die materielle Debatte soll dann geführt werden, wenn die Vorlagen den Kommissionen unterbreitet werden. Den fraglichen Posten nun aus dem Budget zu kippen, die Vorlage abzuwarten und erst dann zuzustimmen, ist somit bloss Budgetkosmetik, gespart wird damit nichts. Allenfalls würden sich einzelne über ein pseudopositives, nicht den Realitäten entsprechendes Budget freuen. Die SP spricht sich dafür aus, die Beträge im Budget zu belassen und die entsprechenden Vorlagen abzuwarten. Ausdrücklich hält die SP aber offen, ob sie den Vorlagen anlässlich der Beratung zustimmen wird oder nicht.

**Karl Willimann**, der vorausschickt, die SVP trete grundsätzlich für eine starke Polizei ein, weist darauf hin, dass sich Antrag 10 um die Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Polizei dreht. Stutzig wurde die SVP, als sie bei drei der untersuchten Positionen auf Beträge stiess, für die keine Vorlagen schriftlich angekündigt sind – dies im Gegensatz zur Geschwindigkeitsabschnittskontrolle, für die eine spezielle Vorlage angekündigt wird.

Die Verwaltung der BUD meint: *Im Mehrjahresprogramm der BUD haben die Ersatzbeschaffungen Vorrang vor den Neuanschaffungen. Würden die Budgetpositionen um die beantragten 495'000 Franken verkürzt, wären die ordentlichen Ersatzbeschaffungen gefährdet.* Diese Deutung stimmt zwar für das Mehrjahresprogramm, doch ergaben Karl Willimanns Erkundigungen, dass sich die Sachlage ausgerechnet für das Jahr 2006 umgekehrt präsentiert, nächstes Jahr haben nämlich die Neuanschaffungen Priorität. Würde nun, wie von der SVP beantragt, die Streichung vorgenommen, so könnten im Jahre 2006 die Ersatzbeschaffungen trotzdem getätigt werden.

**Rolf Richterich** spricht zu den Anträgen 10, 11, 12 und 14, die in sich in einem Zusammenhang stehen. Die FDP lehnt die vier Anträge mit grossem Mehr ab. Die FDP verlangt ein transparentes Budget, das nicht aufgrund von Nachtragskrediten in der Rechnung widerlegt werden soll. Inhaltlich kann die Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt nicht geführt werden, da ja nicht klar ist, worum es genau geht. Die FDP lässt den Entscheid über die Unterstützung oder die Ablehnung der Massnahmen deshalb noch offen. Trotzdem fordert die FDP die Budgetierung der Vorhaben.

**Eugen Tanner** will sich zu den Budgetanträgen materiell nicht äussern, gibt namens der CVP/EVP-Fraktion aber deren Unterstützung bekannt, denn von einer zeitlichen Dringlichkeit kann keine Rede sein.

**Philipp Schoch** und die grüne Fraktion unterstützen die Anträge 10, 11 und 14. Die grüne Fraktion sieht in den Anliegen keine Priorität, sie würde die Mittel anders einsetzen, zumal die Polizei Basel-Landschaft einen sehr schnellen Wiederbeschaffungsrhythmus ihrer Fahrzeuge pflegt. Ob dieses Vorgehen sinnvoll ist, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden.

**Rudolf Keller** unterstützt den vorliegenden und die folgenden Anträge namens der Schweizer Demokraten, dies obwohl die Polizei nach Auffassung der Schweizer Demo-

kraten ihre Aufgabe gut erfüllt und die Schweizer Demokraten stets für eine starke Polizei eintreten. Laut Aussagen von Mitarbeitenden der Polizei sind die Massnahmen vertretbar, die Neuanschaffungen müssen nicht zwingend im Jahre 2006 getätigt werden.

Frau Regierungsrätin Sabine Pegoraro möge im Zusammenhang mit den Fahrzeugneuanschaffungen klären, wann die für 2006 geplante Neuanschaffung für das Zugfahrzeug des vor einem Jahr erworbenen, 300'000 Franken teuren Polizeibootes im Rahmen einer Vorlage beschlossen wurde.

**Bruno Steiger** hält es generell für unlauter, wenn der Landrat Geld für Vorlagen sprechen soll, die noch gar nicht auf dem Tisch liegen. Dass die Polizei nun wegen des neuen Kommandanten, wie bereits damals beim Amtsantritt Kurt Stuckis, schon wieder reorganisiert werden soll, findet Bruno Steiger ebenfalls sehr fragwürdig. Werden vom Kanton beispielsweise Neuuniformierungen bewilligt, folgen die Gemeinden – einer Kettenreaktion gleich – mit ähnlichen Begehren. Die Budgetanträge sind also sehr wohl durchdacht, sie verdienen die Zustimmung der Schweizer Demokraten.

**Isaac Reber** unterstützt die Forderung nach transparenter Budgetierung durchaus; was für das nächste Jahr geplant ist, soll im Budget des kommenden Jahres enthalten sein. Die Planungen für den neuen Kommandanten aber sollten für das Jahr 2007 vorgesehen werden.

**RR Sabine Pegoraro** stellt einzelne grundsätzliche Bemerkungen voran: Die SVP kritisierte die Justizdirektion mit dem Vorwurf, Mittel in das Budget eingestellt zu haben, ohne eine Landratsvorlage zu präsentieren, mehr noch, man unterstellte ihr gar, im Rahmen der Polizeireorganisation Dinge ins Budget hineingeschmuggelt zu haben, um den Landrat auszudribbeln. Nichts davon ist wahr, die Justiz- und Polizeidirektorin wehrt sich ausdrücklich gegen solche Vorwürfe. Vielmehr ist festzuhalten dass die JPMD gerade dadurch, dass sie budgetiert hat, Transparenz geschaffen hat. Hätte die JPMD den Landrat umdribbeln wollen, hätte sie nicht budgetiert, sondern die Mittel im Jahre 2006 mit irgendwelchen Nachtragskrediten hineingeschmuggelt.

Zur Frage des Zeitpunkts der Vorlage hält RR Sabine Pegoraro fest, sie habe im Herbst entschieden, eine Vorlage schreiben zu lassen, nachdem zuvor im internen Vernehmlassungsverfahren umstritten war, ob eine Vorlage überhaupt notwendig sei.

Beim Budgetieren hielt sich die Regierungsrätin an die bisher übliche Praxis, sprich jene Positionen zu budgetieren, von denen man annimmt, dass sie im folgenden Jahr anfallen werden. Dass dafür bereits eine Vorlage aufliegen muss, war bisher nicht verlangt. Selbstverständlich bleiben die Damen und Herren Landrätinnen und Landräte im Rahmen der Behandlung der Vorlagen noch immer frei in ihrem Entscheid.

Zur Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung (Anträge 10, 11, 12 und 14): Mit der geplanten Reorganisation soll die Hauptabteilung moderne Strukturen erhalten, was die SVP übrigens 1998 mit ihrer Sicherheitsinitiative bereits gefordert hatte. Eine Sicherheits- und eine Einsatzpolizei sollen gebildet werden. Kernaufgabe der Sicherheitspolizei ist die Gewährleistung einer hohen Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, eine Forderung der FDP, dazu sollen die Bürgernähe gefördert und die Erfül-

lung von Präventionsaufgaben aufgetragen werden.

Die Einsatzpolizei soll in dringenden Fällen rascher als bisher intervenieren und polizeiliche Hilfe anbieten können. Diese Einsätze wird die Polizei allerdings nicht mit den Velos, lieber Philipp Schoch, sondern weiterhin mit den Autos leisten.

Zur Frage, ob die Reorganisation bis zum Amtsantritt des neuen Kommandanten, Daniel Blumer, verschoben werden sollte: Dazu muss man wissen, dass Daniel Blumer, der am 1. Mai 2006 seine Position antritt, den Entwurf der Landratsvorlage kennt. Schon immer war für die Polizeidirektorin klar, dass die Reorganisation mit Bestimmtheit nicht vor dem Amtsantritt des neuen Kommandanten umgesetzt werden darf. Deshalb wurde mit Daniel Blumer vereinbart, dass mit der Präsentation der Vorlage zugewartet wird und dass er seine Vorschläge noch einbringen kann. Völlig klar ist, dass der neue Kommandant hinter dem Projekt stehen muss und dass, wie von der SVP gefordert, die Reorganisation erst umgesetzt werden kann, wenn der neue Kommandant seine Arbeit aufgenommen hat. Die SVP hat allerdings laut einem Medienbericht auch moniert, die Vorlage müsste längst auf dem Tisch liegen. Dies allerdings ist zu viel verlangt, die Vorlage jetzt schon zu publizieren und andererseits zu warten, bis der neue Kommandant gestartet ist, geht ganz einfach nicht auf.

Die Landrätinnen und Landräte sind gebeten, die Budgetpositionen nicht zu streichen und – ohne sich heute irgendetwas zu vergeben – den Entscheid dann zu treffen, wenn sie die Vorlagen beraten. Würden die Positionen auf das Budget 2007 vertagt, wie dies Eugen Tanner offenbar anstrebt, so wäre das Projekt für mindestens ein Jahr blockiert. Eine solche Taktik wäre der Sache nicht dienlich, sie führte nur zur Verunsicherung des Personals.

**Ursula Jäggi** rechnet vor: Am 1. Mai hat der neue Kommandant seinen Amtsantritt, danach erscheint die Vorlage beim Büro, dieses teilt sie der Justiz- und Polizeikommission zu, die ihrerseits dazu mehrere Sitzungen wird aufwenden müssen. Folglich dauert die Behandlung bis nach den Sommerferien und muss dann noch vom Landrat verabschiedet werden. Angesichts dieser Zeitplanung muss man sich doch ernstlich fragen, ob es nicht Sinn macht, das Geschäft auf das Jahr 2007 zu vertagen.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** teilt die Ansicht von Ursula Jäggi und votiert für das Transferieren der Positionen in das Budget des Jahres 2007.

**RR Sabine Pegoraro** argumentiert, im Rahmen der Reorganisation werde die Einsatzpolizei im Zeughaus Liestal einquartiert; möglich sei die Einquartierung allerdings erst nach einem mindestens sieben Monate dauernden Umbau des Zeughauses. Könnte die JPMD erst im Jahre 2007 starten, verzögerte sich die Umsetzung allzu lange.

Etwas irritiert folgert **Peter Zwick**, die Regierungsrätin möchte mit dem Bau beginnen, beziehungsweise den Entscheid zugunsten des Baus treffen, ehe sie überhaupt die Vorlage geschrieben habe.

Gäbe der Landrat im Herbst grünes Licht für dieses seit drei Jahren bestehende Projekt, dann könnte mit den Arbeiten auch dann schon begonnen werden, entgegnet **RR Sabine Pegoraro**.

**Rudolf Keller** hat noch keine Antwort auf seine Frage nach dem Zugfahrzeug für das 300'000 Franken teure Boot.

**RR Sabine Pegoraro** klärt die Frage über Mittag ab.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag 2005/251-10 und z.T. 16 der SVP-Fraktion betreffend Fahrzeugbeschaffung Polizei mit 60 zu 17 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu.

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** unterbricht die Detailberatung, kündigt die Bürositzung für 13.45 Uhr an und bittet zum Mittagstisch.

*Für das Protokoll:  
Urs Troxler, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1548

### Überweisungen des Büros

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** gibt Kenntnis von folgenden Überweisungen:

2005/309

Bericht des Regierungsrates vom 6. Dezember 2005: Gemeinde Gelterkinden: Hochwasserschutz Eibach, Bewilligung des Verpflichtungskredites; **an die Umweltschutz- und Energiekommission**

2005/310

Bericht des Regierungsrates vom 6. Dezember 2005: Zeitlich dringliche Denkmalsubvention für die Sanierung von Schloss Birseck in Arlesheim (Schlussetappe); Verpflichtungskredit für die Jahre 2006 - 2007; **an die Umweltschutz- und Energiekommission**

2005/312

Bericht des Regierungsrates vom 13. Dezember 2005: Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte; **an die Justiz- und Polizeikommission**

*Für das Protokoll:  
Andrea Maurer, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1549

### 9 2005/251

**Berichte des Regierungsrates vom 20. September 2005 und der Finanzkommission vom 6. Dezember 2005: Voranschlag 2006**

### 10 2005/251- 01 bis 24

**Berichte des Regierungsrates vom 15. November 2005 und der Finanzkommission vom 6. Dezember 2005: Anträge zum Budget 2006**

*(Fortsetzung)*

**Antrag 2005/251-11 SVP-Fraktion betreffend Gebäude-Unterhalt; BUD (Konto 2320.314.20)**

Der Regierungsrat lehnt den Antrag ab, die Finanzkommission empfiehlt Annahme.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag 2005/251-11 der SVP-Fraktion betreffend Gebäude-Unterhalt mit 53:17 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

### **Justiz-, Polizei- und Militärdirektion**

**Eric Nussbaumer** verweist auf eine Empfehlung der Finanzkommission betreffend Verbuchung der Busseneinnahmen im Kommissionsbericht (Seite 5, linke Spalte, letzter Absatz zur Justiz-, Polizei- und Militärdirektion). Über diese im Bericht als "Antrag" bezeichnete Empfehlung müsse der Landrat nicht abstimmen.

### **Antrag 2005/251-12 SVP-Fraktion betreffend Personalkosten Polizei; JPMD (Konto 2420.301.40)**

Der Regierungsrat lehnt den Antrag ab, die Finanzkommission empfiehlt Annahme.

**Kaspar Birkhäuser** hält seitens der Grünen fest, dass sie Regierungsrätin Sabine Pegoraro nicht verdächtigen, sie wolle "etwas ins Budget schmuggeln", wie dies von der SVP behauptet wurde. Das Vorgehen der Justiz- und Polizeidirektorin sei korrekt und diene der Transparenz. Trotzdem will die Grüne Fraktion aus grundsätzlichen Überlegungen betreffend Setzen nötiger Sparakzente Hans-Jürgen Ringgenbergs Antrag unterstützen. Die Grünen halten es für zumutbar, dass die Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung zeitlich verschoben wird.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag 2005/251-12 der SVP-Fraktion betreffend Personalkosten der Polizei mit 48:26 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu.

### **Antrag 2005/251-13 CVP/EVP-Fraktion betreffend Dienstkleider; Polizei (Konto 306.10)**

Der Regierungsrat lehnt den Antrag ab, die Finanzkommission empfiehlt Annahme.

**Eugen Tanner** begründet seinen Antrag damit, dass betreffend Neuuniformierung kein dringender Handlungsbedarf bestehe. Diese könne – falls überhaupt notwendig – auch im Jahr 2007 durchgeführt werden, denn die Polizistinnen und Polizisten in unserem Kanton seien nach wie vor gut angezogen.

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** dankt für das Kompliment, die uniformierten Polizeiangehörigen seien gut angezogen, bittet den Landrat jedoch trotzdem, den hier diskutierten Posten im Budget 2006 zu belassen. Dieser stehe nicht im Zusammenhang mit der Polizeireorganisation. Das Polizeikonkordat der Nordwestschweiz beschloss bereits vor sechs Jahren eine einheitliche Uniform für die Polizeiorganisationen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern und Solothurn. Basel-Landschaft machte damals nicht mit, weil erst kurz zuvor in unserem Kanton neue Uniformen eingeführt wurden. Dem Konkordat wurde jedoch zugesichert, dass Basel-Landschaft spätestens per 2007 die neuen, einheitlichen Uniformen, welche der schweizerischen Einheitsuniform entsprechen, einführen

werde. Der Zeitpunkt 1. Januar 2007 sei auch deswegen wichtig, weil die interkantonale Polizeischule Hitzkirch ab 2007 laufen werde. Alle übrigen Aspirantinnen und Aspiranten werden dort die einheitliche Uniform tragen.

Die Vorlage betreffend Neuuniformierung sollte dem Landrat spätestens bis Ende des ersten Halbjahres 2006 vorliegen. Der neue Polizeikommandant stehe voll und ganz hinter diesem Anliegen.

**Rudolf Keller** zeigt Mühe mit der Argumentation der Regierung. Ob nun andere mit dem Finger auf Baselbieter Polizeiaspirantinnen und -aspiranten zeigen oder nicht, sei ihm egal, denn diese verfügen über genügend Selbstbewusstsein, um damit umzugehen. Im Jahr 2000 wurden in Basel-Landschaft neue Polizeiuniformen angeschafft und es sei nach wie vor problemlos möglich, Kleider zu ersetzen. Eine Neuuniformierung nur für ein einheitliches Bild aller Polizeien in der Nordwestschweiz erachtet Rudolf Keller als absolut übertrieben und überflüssig. So würden Steuergelder sinnlos "verlocht". Wichtig sei nicht in erster Linie das Aussehen der Uniformen, sondern die Tatsache, dass die Polizei ihre Aufgabe grundsätzlich gut löst.

Bei dieser Gelegenheit fragt Rudolf Keller auch nach dem Stand betreffend Polizeiboot.

**Eugen Tanner** verweist auf den Beschluss zur Neuuniformierung vor sechs Jahren, in dessen Rahmen eine weitere Neuuniformierung auf das Jahr 2007 angekündigt wurde. Weshalb liegt dann im Dezember 2005 die entsprechende Vorlage noch nicht vor? Wenn eine Vorlage so lange liegen bleibe, könne sie auch noch ein zusätzliches Jahr warten.

**Sabine Pegoraro** erklärt, man habe damit gerechnet, dass die Ausgaben für die neue Uniform im Jahr 2006 anfallen werden. Die Frage laute nun einfach, ob es eine Vorlage tatsächlich schon brauche, bevor das Budget 2006 diskutiert wurde. Von einer Verzögerung der Vorlage könne nicht die Rede sein. Sie bittet den Landrat noch einmal, den Antrag abzulehnen und im Rahmen der eigentlichen Vorlage über die Neuuniformierung zu entscheiden.

Zum Polizeiboot: Das heutige Polizeiboot sei über 30 Jahre alt und weise inzwischen die ersten Rostlöcher auf. Aus sicherheitstechnischen Gründen drängt sich daher eine Ersatzbeschaffung auf, eine gebundene, einjährige Ausgabe also, welche keine separate Vorlage an den Landrat bedingt. Die Finanzierung wurde im Rahmen des Budgets 2005 vom Landrat bewilligt. Der Beschaffungsbetrag des Polizeibootes liegt wesentlich tiefer als die genannten 300'000 Franken, er betrug rund 247'000 Franken. Es wurde kein Zugfahrzeug oder Anhänger beschafft und eine solche Anschaffung sei in absehbarer Zeit auch nicht vorgesehen.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag 2005/251-13 der CVP/EVP-Fraktion betreffend Dienstkleider; Polizei mit 50:33 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

**Antrag 2005/251-14 und z.T. 16 SVP-Fraktion betreffend Ausrüstung der zusätzlichen Polizeifahrzeuge; JPMD**

Der Regierungsrat lehnt den Antrag ab, die Finanzkommission empfiehlt Annahme.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag 2005/251-14 und z.T. 16 der SVP-Fraktion betreffend Ausrüstung der zusätzlichen Polizeifahrzeuge; JPMD mit 48:33 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

**Antrag 2005/251-15 und z.T. 16 Patrick Schäfli, FDP, betreffend Streichung der Aufwände und Erträge im Zusammenhang mit der Abschnittsgeschwindigkeitskontroll-Anlage (AGK) (Konto2420.311.50 & 437.00 / 4043.301.10 & 437.00)**

Kommissionspräsident **Marc Joset** betont, die Finanzkommission habe hier, wie bereits zu anderen Anträgen, bewusst keine materielle Diskussion geführt. Er empfände es als absurd, diese jetzt im Plenum zu führen, ohne die Details des Projekts "Abschnittsgeschwindigkeitskontroll-Anlage (AGK) im Belchentunnel" zu kennen. In der Finanzkommission operierten sowohl die Befürworter als auch die Gegner des Antrags mit dem Argument, im nächsten Jahr werde dem Landrat eine Vorlage unterbreitet, und dann sei der Zeitpunkt, um Details zu diskutieren. Marc Joset bittet seine Kolleginnen und Kollegen darum, es nun bei einer formalen Diskussion zu belassen und inhaltliche Aspekte, welche noch gar nicht ausreichend bekannt sind, wegzulassen.

**Paul Svoboda** lehnt den Antrag namens der SP-Fraktion ab, denn eine materielle Debatte soll erst im Rahmen der Vorlage stattfinden. Das Medienecho zu genau diesem Budgetposten war sehr gross und er erachtet es daher trotz allem als wichtig kundzutun, wie man grundsätzlich zur AGK stehe.

Paul Svoboda zeigt extrem Mühe mit der Mentalität "Freie Fahrt für freie Bürger!" und auch mit der offensichtlichen Bussenphobie. Die Geschwindigkeit im Belchentunnel soll auf 100 km/h erhöht werden und zudem werde ein Lastwagen-Überholverbot diskutiert. Weiter soll die Geschwindigkeit im Tunnel, einem extrem gefährlichen Bereich, kontrolliert werden. Die Ereignisse im Mont Blanc- und im Gotthardtunnel zeigen, dass Unfälle in Tunnels gravierende Folgen nach sich ziehen können. Nach den genannten Unfällen wurde für Hunderte von Millionen Franken in die Sicherheit von Tunnels investiert. Übrig bleibe somit noch das letzte Risiko, der Mensch. Genau dort wolle man mit der AGK setzen.

Paul Svoboda betont, dass die Mehrheit aller Personen, welche mit ihrem Fahrzeug durch einen Tunnel fahren, sich korrekt verhält, jedoch nicht alle. Mit einem traditionellen Radarkasten würde nur an einem einzigen Punkt im Tunnel angesetzt, während die Sicherheit mit der AGK im gesamten Tunnelbereich gewährleistet werden kann. Paul Svoboda zitiert eine Aussage von Stephan Mathis, Generalsekretär der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion, welcher darauf hinweist, dass beim Tunneleingang selbst die AGK deklariert werde. "Fairer geht es wohl nicht mehr." Paul Svoboda kann sich Stephan Mathis anschliessen und betont, mit der AGK gehe es einzig und allein um mehr Sicherheit und wer zu schnell fahre, sei sicher nicht

ein Opfer der Polizeikontrollen, sondern selber schuld.

Die SP-Fraktion spricht sich gegen die unverantwortliche Politik der AGK-Gegner aus, denn ihr sind die korrekten fahrenden Automobilistinnen und Automobilisten sowie deren Sicherheit sehr wichtig. Die SP will sich nicht mit den Rasern solidarisieren, sondern für die Einhaltung der Gesetze einstehen. Sie lehnt den Antrag 2005/251-15 daher aus vollster Überzeugung ab.

**Patrick Schäfli** schickt seinen Ausführungen voraus, die FDP-Fraktion unterstütze kriminelle Raserei auf den Baselbieter Strassen nicht und setze sich klar für die Einhaltung der Gesetze ein. Trotzdem unterstützt sie die Installation einer Abschnittsgeschwindigkeits-Kontrollanlage im Belchentunnel nicht. In den Jahren 1997 bis 2005 stiegen die Einnahmen des Kantons aus Verkehrsbussen von gut 2 Mio. Franken auf über 22 Mio. Franken, ein Anstieg von ca. 900 %. Basel-Landschaft hält damit den zweifelhaften Rekord aller Kantone bei der Zunahme der Verkehrsbusseneinnahmen. Diese Tatsache reicht für die FDP nach einer Mittelbeschaffung für den Staat, wogegen sie sich wehrt. Auf dem Baselbieter Strassennetz seien bereits ausreichend viele Radaranlagen installiert und Patrick Schäfli ist der Meinung, Automobilistinnen und Automobilisten mit teilweise relativ bescheidenen Übertretungen sollten nicht kriminalisiert werden. Zustände, wie sie beispielsweise in der Stadt Zürich herrschen (Einnahmen aus Verkehrsbussen mit Blechpolizisten von gegen 80 Mio. Franken), seien für den Kanton Basel-Landschaft nicht erstrebenswert.

Die Regierung und die Polizei argumentieren mit der Verkehrssicherheit. Die Verkehrsstatistik der Polizei Basel-Landschaft jedoch zeige Jahr für Jahr klar ein anderes Bild. Bei den Autobahnen handle es sich nach wie vor um die sichersten Strassen. Der Belchentunnel wurde nachhaltig saniert und gehört heute zu den sichersten Autobahntunnels der Schweiz. Bereits vor der Sanierung ereigneten sich glücklicherweise nur sehr wenige schwere Unfälle im Belchentunnel.

Ein Kausalzusammenhang zwischen den Blechpolizisten und einem Rückgang der Unfallzahlen sei nicht plausibel nachvollziehbar. Ein Blick in die Verkehrsstatistik zeige, dass sich auf der H18 im Jahr 2004 trotz Radaranlage mehr Unfälle ereigneten, während die Unfallzahl im Waldenburger Tal ohne Radaranlage zurückging. Weshalb also eine AGK im Belchentunnel? Für die FDP bleibt der Verdacht, es solle eine Art Fiskaltankstelle eingerichtet werden, um die Busseneinnahmen zu erhöhen.

Bekanntlich werden die im Zusammenhang mit den Blechpolizisten ausgesprochenen Bussen hauptsächlich von den Schweizer Automobilistinnen und Automobilisten bezahlt, da sich viele ausländische Lenker um einen Busbescheid nicht kümmern, sich mehrfach mahnen lassen und so den Statthalterämtern enorme Arbeit und Kosten verursachen. Weil die Bussen oftmals also nicht eintreibbar sind, bedeutet dies für die FDP eine Rechtsungleichheit für die SchweizerInnen gegenüber den ausländischen Automobilistinnen und Automobilisten, auch wenn dies teilweise mit der Rechtshilfeproblematik zusammenhängt.

Die FDP-Fraktion spricht sich für Transparenz aus, wes-

halb sie bereits jetzt bekannt gibt, sie werde die AGK bekämpfen. Mit ihrem Budgetantrag soll die Streichung der AGK erreicht werden, ebenso die damit zusammenhängenden Aufwände bei der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion und den Gerichten. Auf der Ertragsseite müssten auch die Bussenerträge entsprechend korrigiert werden.

Patrick Schäfli bittet seine Kolleginnen und Kollegen darum, den vorliegenden Antrag zu unterstützen.

**Karl Willmann** betont, die SVP-Fraktion erachte die Begründung für die Notwendigkeit einer AGK als nicht sehr überzeugend. Er zieht die Sicherheitsargumente des Promotors, der Polizei, anhand von zwei Beispielen in Zweifel. Wer von A nach B fahre und im Schnitt 100 km/h fahren dürfe, könne auch ein Stück weit nur 90 km/h und dann wiederum 110 km/h fahren. Wie geht eine solche Gleichung mathematisch auf, wenn man einerseits variabel fahren könne, andererseits an eine Höchstgeschwindigkeit gebunden sei? Gäbe es keine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit, wäre es sehr wohl möglich, in einem ersten Abschnitt willentlich oder durch äussere Umstände nur 70 km/h zu fahren und danach im zweiten Abschnitt auf 130 km/h zu beschleunigen. Bei beiden Geschwindigkeiten sieht Karl Willmann ein extremes Gefährdungsrisiko.

Mit der gleichen Argumentation, mit welcher die AGK angepriesen werde, könnte auch der ganze Kantonsabschnitt auf der Autobahn vom Belchen bis zur Schweizerhalle zum AGK-Gebiet erklärt werden. Die bisherigen Geschwindigkeitsmessgeräte auf der Autobahn könnten dann abmontiert werden.

Es fragt sich zudem, ob gerade auf der Autobahn die Häufigkeit der Verkehrsunfälle so hoch sei, dass sich derartige dichte Kontrollen rechtfertigen. Dieser Nachweis sei die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion dem Landrat noch schuldig. Aufgrund eines Postulats von Dieter Völlmin wurde in Aussicht gestellt, dass die Häufigkeit von Verkehrsunfällen zu Händen des Landrates dokumentiert werde.

Was sagt der Datenschutz zur Tatsache, dass jeder jederzeit fotografiert und in einem Computer gespeichert wird, wenn er den Abschnitt der AGK befährt?

Die Begründung mit der AGK werde die Verkehrssicherheit erhöht, erscheint der SVP wacklig, denn im Grunde genommen sei man darauf aus, die AGK als Bussengenerator zu gebrauchen. Nach Ansicht der SVP-Fraktion sollen die bisherigen Geschwindigkeitskontrollen am Belchen situativ weitergeführt werden.

**Eugen Tanner** informiert, die CVP/EVP-Fraktion werde die materielle Diskussion dann führen, wenn die entsprechende Vorlage vorliegt. Bedauerlicherweise wurde diese bereits mit dem Budget 2005 versprochen, traf jedoch nicht ein. Die CVP/EVP unterstützt den aktuellen Antrag, um die Diskussion später anhand von Fakten führen zu können.

**Esther Maag** rieb sich die Augen, als sie im Zusammenhang mit Geschwindigkeitskontrollen das Wort "Abzockerei" lesen musste. Sowohl SVP als auch FDP lassen ansonsten keine Gelegenheit aus, mehr Polizeikontrollen für

Ruhe, Ordnung und die Einhaltung von Regeln zu fordern, bei den Geschwindigkeitskontrollen soll dies alles nun auf einmal nicht mehr gelten. Wie ist dies zu verstehen? Bussen wegen Geschwindigkeitsübertretungen seien beileibe nicht gottgegeben, sondern komplett selbstverschuldet. In andern Bereichen werde sonst ja auch immer auf die Selbstverantwortung gepocht.

Die AGK soll in erster Linie mehr Sicherheit erzeugen. Mit der Erhöhung der Sicherheit im Tunnel wird die Zahl der Verletzten und Toten sinken und nicht zuletzt können auch Staus vermieden werden. Gerade der letzte Punkt sollte Patrick Schäfli als Esther Maags Kollege in der Task Force Stau eigentlich überzeugen.

Bei einem grossen Teil aller Verkehrsunfälle spiele überhöhte Geschwindigkeit eine Rolle, und zwar mit fatalen Folgen, welche es zu verhindern gelte. Dass in diesem Zusammenhang von Geldmacherei und Abzockerei gesprochen werde, erscheint gerade angesichts der heutigen Spardebatte als noch einmal absurder. Die AGK sei ein winziger Schritt in die richtige Richtung, denn dieser Posten koste nicht nur, er bezahle sich selbst. Eine Ablehnung der AGK wäre für Esther Maag inkonsequent.

Die Grünen sprechen sich selbstverständlich für eine Erhöhung der Sicherheit und somit effiziente Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen aus und lehnen daher den vorliegenden Antrag klar ab.

**Daniel Wenk** äussert sich als Einzelsprecher der FDP-Fraktion. Er befürchtet, dass dem Landrat keine Vorlage zur AGK unterbreitet werde, wenn er den aktuellen Antrag unterstütze. Momentan finde eine politische Meinungsfindung statt, und falls diese zu einem negativen Schluss komme, werde die entsprechende Vorlage wohl gar nicht mehr ausgearbeitet. Dies empfände er als sehr schade.

Normalerweise habe das Parlament zu Themen, wie sie nun diskutiert werden, nichts zu sagen, und dies sei richtig. Die aktuelle Diskussion zeige, dass Debatten über den Standort von Blitzkästen nicht fruchtbar wären. Experten können aufgrund gewisser Daten klar festlegen, wo welche Massnahmen am sinnvollsten sind. Daniel Wenk möchte diese Experten anhören und lehnt den aktuellen Antrag daher ab.

Übrigens: Inzwischen liegt die erste Abrechnung der Sanierung des Arisdorftunnels vor. Allein für die Erhöhung der Sicherheit wurden rund 35 Mio. Franken ausgegeben.

Wer garantiert uns, dass nicht der Kanton Solothurn die AGK im Belchen durchführen wird, falls der Landrat dies ablehnt?

Daniel Wenk bittet den Landrat sehr, dem vorliegenden Antrag nicht stattzugeben, damit dem Landrat eine entsprechende Vorlage unterbreitet wird. Zu Sabine Pegoraro meint er, die Vorlage an den Landrat müsse kommen, falls der Antrag heute abgelehnt werde, und zwar egal, ob der Bund bis dahin über die flankierenden Massnahmen beschlossen hat.

**Rudolf Keller** berichtet, durch den Belchentunnel führe bekanntlich keine gerade Fahrbahn, sondern eine solche

mit langgezogener Kurve, was ein erhöhtes Risiko darstelle. Er selbst habe schon beobachtet, wie Lastwagen im Belchentunnel überholen, teilweise sogar mit übersetzter Geschwindigkeit. Wenn nun Politiker die Höchstgeschwindigkeit von 80 auf 100 km/h erhöhen wollen, erhöht sich das Risiko abermals. Rudolf Keller bezeichnet es als unterstes Niveau, dass gewisse Personen im Zusammenhang mit der Installation der AGK von Abzockerei sprechen. Es gehe einzig und allein um die Sicherheit.

In immer mehr europäischen Staaten werden Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen installiert, beispielsweise auch in Frankreich. Solche Kontrollen seien gerecht und zeigen nicht nur eine Momentaufnahme. Beobachtungen im Belchen zeigen, dass ein solches Kontrollsystem notwendig ist. Andernorts habe sich das System, welches Menschenleben retten hilft, bereits bewährt. Im Zentrum der Überlegungen sollte das Retten von Leben und die Reduktion von Verletzungen stehen! Gegen Blitzkontrollen scheinen die meisten Landratsmitglieder nichts einzuwenden zu haben, jedoch gegen die AGK. Handelt es sich dabei nicht ein Stück weit um eine doppelzüngige Politik?

Flüssiger Verkehr in einem angemessenen Tempo bedeute nicht, dass Raserei zugelassen werden müsse. Bei Kontrollen in Tunnels gebe es offensichtlich immer mehr Menschen, welche die Geschwindigkeitslimiten überschreiten. Ein Kollege sprach zuvor von: "Ein bisschen übertreten der Geschwindigkeitslimiten." Soll es sich dabei um ein von der Politik geduldetes Kavaliärsdelikt handeln? Sollten die Politisierenden nicht auch eine Vorbildrolle einnehmen? Viele Menschen kamen auf unseren Strassen schon unnötig ums Leben und Rudolf Keller weiss aus eigener Erfahrung, welch grosses Leid hinter derartigen Ereignissen steckt. Er stimmt dem Budgetposten zur AGK daher zu und will verhindern, dass andere Familien noch mehr unnötiges Leid erleben müssen. Der Landrat müsse die absolut sinnvolle AGK unterstützen.

Es wurde erwähnt, die Durchschnittsgeschwindigkeit könnte auch dann erreicht werden, wenn einerseits mit 70 km/h und später mit 130 km/h gefahren werde. Gegen ein solches Extrembeispiel spreche jedoch der normale Verkehrsfluss, welcher ein solches Fahrverhalten verhindere.

Rudolf Keller bittet den Landrat ernsthaft, der AGK zuzustimmen und damit mitzuhelfen, Menschenleben zu retten und die Zahl der Verletzten auf unseren Strassen zu reduzieren.

**Martin Rüegg** hält sich an die Empfehlung des Kommissionspräsidenten und will sich noch nicht an der Kommissionsberatung zum Thema AGK beteiligen. Er fragt die Polizeidirektorin jedoch, ob sie die heutige Debatte als Stimmungstest betrachte und ob die Vorlage zur AGK auf jeden Fall im nächsten Jahr dem Landrat unterbreitet werde.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** hält klar fest, die SVP-Fraktion spreche sich nicht gegen Geschwindigkeitskontrollen im Belchentunnel aus, unterstütze aber auf jeden Fall die Erhöhung der Tempolimit auf 100 km/h. Von der technischen Logik der AGK zeigt sich die SVP nicht überzeugt, denn so genannte "Schleicher" im Tunnel werden die übrigen AutofahrerInnen dazu bewegen, am Schluss noch zu beschleunigen.

Von Sabine Pegoraro möchte Hans-Jürgen Ringgenberg wissen, ob der Kanton Solothurn aus den Kontrollen gleich viele Einnahmen erhalten werde wie diejenigen, welche Basel-Landschaft nun budgetiert habe, da der Belchentunnel sich sowohl auf Baselbieter wie auch auf Solothurner Gebiet erstrecke.

**Madeleine Göschke** erwidert Patrick Schäfli, die Bussen zahlen machten eine Aussage über die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. Bei der Einrichtung einer AGK gehe es einzig und allein um die Sicherheit und sie kann nicht verstehen, weshalb sich SVP und FDP so stark dagegen wehren. Jede Verkehrsteilnehmerin und jeder Verkehrsteilnehmer habe es selbst in der Hand, ob der so genannte Goldesel oder die Fiskaltankstelle ein Flop sein wird. Rücksicht sei notwendig, leider offenbar jedoch nur mittels Vorschriften erreichbar.

Madeleine Göschke fragt die CVP/EVP-Fraktion an, weshalb sich diese gegen die AGK wehre.

**Isaac Reber** hat den Eindruck, Patrick Schäfli verdrehe die Wirklichkeit im Zusammenhang mit dem aktuellen Antrag in fataler Weise. Weder das Parlament noch die Regierung oder die Verwaltung, sondern fehlbare Fahrzeuglenker erhöhen die Busseneinnahmen. Es liege vollständig und allein in der Hand der Verkehrsteilnehmer, die Höhe der Bussensumme zu bestimmen.

Karl Willimanns Aussage, weder zu schnelles noch zu langsames Fahren in einem Tunnel sei sinnvoll, bezeichnet Isaac Reber als richtig. Mit der Kombination einer Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle mit einem Blechpolizisten könne diesbezüglich Abhilfe geschaffen werden. Aus der Praxis sei bekannt, dass ein Blechpolizist allein nicht viel bringe.

Isaac Reber bezeichnet die heutige "Abzockerei-Diskussion" als billig und sehr populistisch.

**Hannes Schweizer** will den Sinn einer AGK hier nicht beurteilen, staunt jedoch über die vielen Fachleute im Landrat, welche eine solche Beurteilung ohne Vorlage vornehmen können. Wird der Budgetposten im Budget belassen, die Vorlage im nächsten Jahr jedoch nicht vorgelegt, so werden die dafür budgetierten Mittel nicht für irgendetwas anderes eingesetzt. Er bittet den Landrat darum, auch diejenigen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, welche heute nicht über die gleichen Kenntnisse wie Patrick Schäfli verfügen, eine Chance zu geben, sich anhand der Vorlage ein eigenes Bild zu machen.

**Peter Zwick** betont noch einmal, die CVP/EVP-Fraktion stimme dem vorliegenden Budgetantrag zu, jedoch nicht, weil sie gegen die AGK sei. Im Zusammenhang mit dem Budget 2005, also im Jahr 2004, wurde dem Landrat bereits eine entsprechende Vorlage versprochen, welche bis heute noch nicht vorliegt. Die CVP/EVP-Fraktion will erst aufgrund einer konkreten Vorlage entscheiden.

**Sabine Pegoraro** bezeichnet einen Blick in die Geschichtsbücher im Zusammenhang mit der heutigen Diskussion als lohnenswert. An einer Tagung der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren im Jahr 1920 monierte ein Regierungsrat, dass der Automobilverkehr deshalb so unpopulär sei, weil sich die Fahrer nicht an die

Geschwindigkeitsvorschriften von 40 km/h halten. Sabine Pegoraro ist allerdings unbekannt, wie die Kontrollen damals vorgenommen wurden. Im Jahr 1934 wurde ebenfalls an einer Tagung der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren geäußert: "Ein Mittel sei vorneweg ausgeschaltet, weil es versagt hat: Das Vertrauen auf die Vernunft und die Anständigkeit der Automobilisten. Es helfen nur noch Zwang und Abschreckung, Polizei und strenge Richtlinien."

Bereits anlässlich der ersten Budgetierung der AGK erklärte Sabine Pegoraro, die entsprechende Vorlage werde dem Landrat dann vorgelegt, wenn der Bund die beiden übrigen Massnahmen im Belchen (Tempo 100 und Lastwagenüberholverbot) bewilligt habe. Basel-Landschaft gab seine Anliegen letzten Sommer beim Bund ein, leider jedoch liegen die entsprechenden Bewilligungen noch nicht vor. Sabine Pegoraro rechnet nun mit einem Eintreffen der Bewilligungen im nächsten halben Jahr.

Sobald die Bewilligungen vorliegen, müssen im Belchen zusätzliche flankierende Massnahmen für die Sicherheit ergriffen werden. Es müssen also zusätzliche Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden. An Stelle der Montage von Radarkästen im Tunnel schlägt die Regierung nun vor, die AGK einzuführen. Der Vorteil des Systems liegt in seiner grösseren Sicherheit und in der Tatsache, dass es fairer ist als die heutigen Radarkästen.

Bereits im Vorfeld der heutigen Sitzung äusserten sich einige Ratsmitglieder zur Bussenpolitik und bezeichneten die Pläne betreffend AGK als Abzockerei, Fiskaltankstelle und Füllen der Staatskasse auf Kosten der Autofahrerinnen. Auch wurde heute die Aussage gemacht, Basel-Landschaft halte den Rekord betreffend Busseneinnahmen. Jedoch: Basel-Landschaft führte 1998 als einer der letzten Kantone die automatischen Geschwindigkeitskontrollen mittels Radar ein. Seit 1998 konnten die geschwindigkeitsbedingten Verkehrsunfälle um 40 % gesenkt werden, dies trotz gleichzeitiger, jährlicher Zunahme des Verkehrsvolumens. Die Verkehrssicherheit in unserem Kanton wurde also massiv verbessert, was eine echte Erfolgsgeschichte bedeute. In jedem anderen Bereich würde ein derartiger Erfolg gelobt, nur im Bereich der Verkehrssicherheit müsse man dauernd Kritik einstecken. Sabine Pegoraro betont noch einmal, mit der Einrichtung einer AGK gehe es um die Erhöhung der Sicherheit und nicht um zusätzliche Einnahmen.

Heute wurden Aussagen gemacht, im Belchentunnel komme es praktisch nie zu Unfällen. In der Zeit zwischen 1994 und 2003 geschahen im Belchentunnel jedoch 97 Unfälle, davon 77 mit Verletzten. Sabine Pegoraro erachtet diese Zahl als hoch und betont, es sei unsere Pflicht und Aufgabe dafür zu sorgen, dass diese Zahl gesenkt werden könne. Dies sei nur mit Geschwindigkeitskontrollen möglich.

Weiter wurde geltend gemacht, mit der Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle könne so schnell gefahren werden, wie man dies wolle. Im letzten Jahr habe eine Delegation der BUD und der JPMD eine AGK-Anlage in den Niederlanden vor Ort besichtigt und dort wurde betont, diese Befürchtung sei nicht eingetreten. Die Erfahrungen mit der AGK sind sehr gut und weil alle gleich schnell fahren, rollt der Verkehr flüssig. Durch das langsamere

und regelmässige Fahren kann zudem die Umweltbelastung reduziert werden.

Zum Datenschutz: Jedes Auto werde bei der Einfahrt in den Tunnel erfasst. Liegt die Geschwindigkeit innerhalb der erlaubten Limite, fällt das Bild des erfassten Fahrzeugs nach einer Minute wieder aus dem System. Die Daten der zu schnellen Fahrzeuge werden zur Bussenverarbeitung weitergeleitet.

Zur Aufteilung der Busseneinnahmen zwischen den Kantonen Solothurn und Basel-Landschaft: Der Tunnel liegt je zur Hälfte auf Solothurner und auf Baselbieter Boden. Schon lange besteht ein Vertrag mit dem Kanton Solothurn, dass die Röhre von Basel in Richtung Solothurn von Solothurn bewirtschaftet wird, diejenige in Richtung Basel von Basel-Landschaft. Selbstverständlich habe man Solothurn über die aktuellsten Pläne informiert und Solothurn stehe voll hinter dem geplanten Pilotprojekt. Solothurn ist auch einverstanden damit, dass die Busseneinnahmen weiterhin Basel-Landschaft zugute kommen. Doppelte Bussen, wie von Hans-Jürgen Ringgenberg befürchtet, werde es also nicht geben.

Auf die Frage, ob die heutige Diskussion für Sabine Pegoraro als Stimmungstest diene, meint diese, es sei ihr klar, dass die Meinungen zur AGK bereits gemacht seien, auch bei der CVP/EVP. Sollte der vorliegende Budgetantrag nun mit einem klaren Mehr angenommen werden, könne sie sich die Vorlage zur AGK sparen, denn dann werde sie im Landrat keine Chance haben.

**Ruedi Brassel** freute sich über gewisse Voten von Personen, welche den aktuellen Budgetantrag zwar unterstützten, jedoch betonten, sie wollten, dass dem Landrat auf jeden Fall eine Vorlage zur AGK unterbreitet werde. Nach ihrem überzeugenden Votum möchte Ruedi Brassel Sabine Pegoraro daher bitten, bei ihrer Linie zu bleiben und für eine Erhöhung der Verkehrssicherheit zu kämpfen. Geschwindigkeitsvorschriften sollen nicht nur 100 m vor und nach einer Radarfalle gelten, sondern überall dort, wo es Sinn macht. Es lohne sich, sich für die Verkehrssicherheit einzusetzen, insbesondere angesichts der doch hohen Zahl von Unfällen im Belchentunnel.

**Karl Willimann** hält fest, dass der mathematische Widerspruch zwischen der Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf 100 km/h und der flexiblen Tempogestaltungsmöglichkeit mit der AGK nicht erklärt wurde.

**Regula Meschberger** appelliert als Präsidentin der Justiz- und Polizeikommission an die Regierungsrätin, die Vorlage zur AGK zu bringen, denn diese werde erwartet. Eine seriöse Beratung und die Durchführung von Hearings mit Fachleuten sei für einen fundierten Entscheid unabdingbar. Was sich heute im Landrat abspiele, sei Stimmungsmache und keine seriöse Diskussion.

**Peter Zwick** betont, die CVP/EVP habe klar zum Ausdruck gebracht, dass eine Vorlage erwartet werde. Sabine Pegoraros Aussagen zu den Vorteilen der AGK kann er zustimmen, jedoch entging ihm die Äusserung nicht, die Vorlage werde erst dann ausgearbeitet, wenn die Bewilligungen des Bundes vorliegen. Sollte dies im ersten Halbjahr 2006 der Fall sein, ist es bereits Juli. Daraufhin muss noch die Vorlage fertiggestellt werden und diese wird

dann von den Kommissionen und vom Landrat beraten. Bis dahin ist das Jahr 2006 zu Ende, weshalb eine Realisierung der AGK noch im nächsten Jahr nicht sehr wahrscheinlich sei. Es wäre seiner Meinung nach viel sinnvoller, zuerst über die Vorlage zu diskutieren und die benötigten Mittel daraufhin im Budget 2007 einzustellen.

**Martin Rüegg** muss sich aufgrund der Antwort der Polizeidirektorin doch noch an der Debatte beteiligen. Offensichtlich sei es unsicher, ob tatsächlich eine Vorlage an den Landrat überwiesen werde. Er bittet sehr um die Vorlage, um aufgrund von Fakten über die AGK diskutieren zu können. Die bürgerliche Seite verlange seiner Ansicht nach einmal mehr nach dem Batzen und dem Weggli, man möchte schneller fahren und weniger oder gar keine Kontrollen. Je grösser der Anteil an Autofahrerinnen und Autofahrern in den einzelnen Fraktionen, desto grösser sei auch die Empörung über das neue System. Mit den Plänen zum Belchen stehe allerdings ein gut-eidgenössischer Kompromiss im Raum: Schneller fahren wird möglich, gleichzeitig aber auch die Kontrollen verbessert. Warum können dazu nicht alle Kolleginnen und Kollegen Ja sagen?

Bei der Einführung der AGK handle es sich um einen Pilotversuch in der Schweiz und Martin Rüegg ist der Ansicht, es werde sich lohnen, diesen genau zu studieren. Die Angst der Gegenseite bleibt ihm unverständlich, denn es mache keinen Sinn, das Bussensystem derart zu hinterfragen. Wer in unserer Gesellschaft Gesetze unterschreite, werde dafür gebüsst und müsse Rechenschaft ablegen. Nun sei eine neue Technik greifbar, welche zumindest getestet werden sollte.

Martin Rüegg schliesst mit einem Zitat von Martin Matter, welcher diese Woche in der Basler Zeitung einen treffenden Kommentar veröffentlichte: "Tunnels sind heikle Passagen. Wenn schon Abschnittskontrollen, dann sind sie in Tunnels zweifellos am sinnvollsten. Dies als reine Abzockerei zu brandmarken, ist reiner Unsinn – höflich ausgedrückt."

**Paul Svoboda** bezeichnet Karl Willimanns Aussage, mit 70 km/h in einen Tunnel zu fahren und daraufhin nach einer gewissen Distanz auszurechnen, wie schnell man nun noch fahren dürfe, um auf eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 100 km/h zu kommen, als absolut absurd und in der Praxis nicht möglich. Dieses Argument sei unsachlich und er bittet noch einmal darum, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Regierungspräsidentin **Elsbeth Schneider-Kenel** bittet als Baudirektorin darum, den Budgetantrag 2005/251-15 unbedingt abzulehnen. Es wurden im Belchentunnel für viele Millionen Franken sicherheitsrelevante Massnahmen installiert, dies nicht nur, um die Folgen von Unfällen in den Griff zu bekommen, sondern vor allem, um solche zu vermeiden. Es sei positiv, neu mit 100 km/h durch den Tunnel fahren zu können. Wie Sabine Pegoraro bereits erklärt habe, zeigen die Erfahrungen aus den Niederlanden, dass man auf Strecken mit AGK praktisch wie auf Schienen fahren könne. Man wäre stolz darauf, gemeinsam mit dem Kanton Solothurn ein Pilotprojekt zur AGK am Belchen durchzuführen und entsprechende Erfahrungen betreffend Sicherheit zu sammeln.

Damit schreitet **Eric Nussbaumer** zur Abstimmung. Es liege ein Streichungsantrag vor. Wer diesem zustimmen will, drücke die grüne Taste, wer ihn ablehnt, drückt rot.

://: Der Landrat lehnt den Antrag 2005/251-15 und z.T. 16 von Patrick Schäfli, FDP, betreffend Streichung der Aufwände und Erträge im Zusammenhang mit der Abschnittsgeschwindigkeits-Kontrollanlage (AGK) mit 54:23 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.

*[Nach der Bekanntgabe des Resultats wird im Saal Unmut über das offenbar nicht allen klare Vorgehen bei der Abstimmung geäußert.]*

Für das Protokoll:  
Andrea Maurer, Landeskantlei

\*

Aufgrund der heftigen Reaktionen im Saal betont Landratspräsident **Eric Nussbaumer**, er habe genau gleich abstimmen lassen wie schon den ganzen Tag, indem er nämlich gefragt habe, wer dem Budgetpostulat, also dem Streichungsantrag, zustimmen und wer es ablehnen wolle. Die Abstimmung war völlig klar, weshalb keine Wiederholung nötig ist.

*[Der Präsident will zum nächsten Traktandum übergehen; dagegen erhebt sich auf bürgerlicher Ratsseite heftiger Widerspruch, begleitet von Gelächter auf der linken Seite.]*

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** bittet, falls erwünscht, um entsprechende Rückkommensanträge.

**Jörg Krähenbühl** findet, der Präsident habe die Abstimmungsfrage sehr perfid formuliert, indem er dieses Mal nicht vom Budget-, sondern von einem Streichungsantrag gesprochen habe.

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** erklärt erneut, er habe genau gleich abstimmen lassen wie schon den ganzen Tag.

**Jörg Krähenbühl** unterstellt dem Präsidenten wieder Perfidie. Dieser habe während der ganzen Sitzung sonst nie von «Streichungsanträgen» gesprochen. Auf diese Abstimmung muss zurückgekommen werden.

://: Der Rückkommensantrag wird mit 40:38 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

*[Vereinzelt Klatschen bei der Ratslinken; grosser Unmut auf bürgerlicher Seite]*

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** fragt, um Ruhe zu schaffen, den Antragsteller an, ob er falsch habe abstimmen lassen.

**Patrick Schäfli** ist der Meinung, Eric Nussbaumers Wortwahl sei unklar gewesen: Er hätte über den «Budgetantrag» und nicht über den «Streichungsantrag» abstimmen lassen sollen. Dann wäre der Fall für alle klar gewesen.

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** verteidigt sich, er habe sich an die Wortwahl des Postulanten gehalten; dieser trägt den Titel «Streichung der Aufwände und Erträge...».

**Eva Chappuis** wollte sich eigentlich erst zu Antrag 17 äussern. Da sie nun aber schon aufgerufen ist, besinnt sie sich auf ein Zitat von Kurt Tucholsky: «Der Vorteil der Klugheit liegt darin, dass man sich dumm stellen kann. Das Gegenteil ist schon schwieriger.»

**Hildy Haas** nimmt an, Eric Nussbaumer habe die Ethikcharta unterschrieben.

Noch nicht, erklärt der **Landratspräsident**.

Das sei auch richtig, stellt **Hildy Haas** fest. Denn der Präsident habe bei jeder Abstimmung erklärt, wer dem Budgetantrag zustimmen wolle, drücke grün, wer dagegen sei, drücke rot.

Nur bei Antrag Nr. 15 hat er von einem Streichungsantrag gesprochen. Kein Mensch wusste, worum es geht.

*[Zwischenrufe aus der SP-Fraktion: Doch, natürlich.]*

Das Verhalten des Landratspräsidenten findet **Hildy Haas** ganz unkorrekt und unwürdig. Sämtliche Bekenntnisse zu Ethik und Fairness sind wertlos, wenn zu solchen «Trickli» gegriffen wird.

Gegen diese Wahrnehmung setzt sich Landratspräsident **Eric Nussbaumer** zur Wehr, und er hat auch Mühe, sie zu verstehen. Er wolle keine Tricks anwenden.

Doch, glaubt **Jörg Krähenbühl**.

Der **Landratspräsident** erklärt, schon den ganzen Tag habe man, wenn man einen Budgetantrag annehmen wollte, die grüne Taste drücken müssen. Bei Ablehnung musste man die rote Taste drücken – den ganzen Tag, auch bei Antrag Nr. 15.

*[Zwischenrufe von Bürgerlichen: Nein, eben nicht.]*

*[Zwischenrufe von der Ratslinken: Doch.]*

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** bietet an, trotz des abgelehnten Rückkommensantrages die Abstimmung zu wiederholen.

*[Heftiger Widerspruch von der linken Seite.]*

Über den Rückkommensantrag sei formell richtig abgestimmt worden, stellt Landratspräsident **Eric Nussbaumer** fest. Er bemerkt auch, es stimme, dass er bei der Abstimmung von einem Streichungsantrag gesprochen habe. Falls kein neuer Ordnungsantrag gestellt werde, möchte der Präsident in der Traktandenliste fortfahren.

**Hildy Haas** ist froh um die neue Internetübertragung der Landratsdebatte. Sie möchte die Sequenz mit der Abstimmung nochmals hören als Beweis, dass der Landratspräsident über Antrag Nr. 15 anders hat abstimmen lassen als über alle vorangegangenen.

Es liege kein Ordnungsantrag vor, stellt Landratspräsident **Eric Nussbaumer** fest und fährt in der Traktandenliste fort.

**Antrag Nr. 2005/251-16 der CVP/EVP-Fraktion betreffend Maschinen, Apparate, Instrumente; Polizei (Konto 311.50)**

://: Infolge Rückzugs entfällt dieser Antrag.

**Antrag 2005/251-17 der SVP-Fraktion betreffend Projekte im Schulbereich, übrige Dienstleistungen von Dritten (Konto 2503.318.90)**

**Antrag 2005/251-18 der SVP-Fraktion betreffend Projekte im Schulbereich, Berater, Gutachter, Experten (Konto 2503.318.20)**

**Eva Chappuis** bittet namens der SP-Fraktion den Rat, diesen Antrag abzulehnen. Die beantragte Streichung muss verhindert werden; dabei wird wiederum das gleiche Abstimmungsprozedere angewandt wie schon den ganzen Tag.

Auch die FDP-Fraktion lehne den Antrag ab, gibt **Bea Fünfschilling** bekannt. Sie ist mit Überzeugung dafür, dass der Kanton Baselland sich an der Pisa-Studie 2006 beteiligt.

Namens der grünen Fraktion lehnt **Etienne Morel** den Antrag ab.

**Hildy Haas** beschwert sich, als Antragstellerin hätte sie eigentlich zuerst das Wort bekommen sollen.

Die Anträge Nr. 17 und 18 sind keine Pauschalanträge. Es wurde darauf geachtet, wo im Konto 2503 grosse Erhöhungen budgetiert wurden. Hildy Haas will weder die Pisa-Studie noch die externe Evaluation der Schulen gefährden; aber in diesem Konto sind noch vierzig weitere Projekte enthalten, von denen wohl nicht jedes gleich wichtig und dringlich ist.

Jahr für Jahr wird im Konto 2503 rund eine Million Franken für Projekte im Schulbereich budgetiert. In ihren elf Jahren in der Finanzkommission hat Hildy Haas die Überzeugung gewonnen, der Kanton leiste sich in diesem Bereich teure Doppelspurigkeiten.

Vor drei Jahren wurde das Lehrerseminar in eine Fachhochschule umgewandelt. Im Leistungsauftrag sind Forschung und Entwicklung auf pädagogischem Gebiet vorgeschrieben – das war nötig für die Anerkennung als Hochschule. Dieser erweiterte Leistungsauftrag kostet den Kanton aber eine schöne Stange Geld, nicht zuletzt, weil dadurch die Seminarlehrer zu Professoren aufgewertet worden sind. Von dieser Forschungs- und Entwicklungsarbeit sollte Baselland wenigstens ein bisschen profitieren können. Wenn es aber stimmt, dass der Kanton – *nota bene* als Träger der HPSABB – alle Leistungen, die er in Anspruch nimmt, voll bezahlen muss, ist der damals abgeschlossene Vertrag sogar noch schlechter, als Hildy Haas stets befürchtet hat.

Gleichzeitig leistet sich der Kanton in der BKSD immer noch eine eigene Abteilung, die sich ebenfalls mit Schulentwicklung beschäftigt, und setzt Geld ein, um Tatsachen abzuklären, die sich anderswo in der Praxis bereits bewährt haben. Eine weitere Doppelspurigkeit besteht in der

Lehrerfortbildung: Diese ist per Leistungsauftrag an die HPSABB übergegangen, und trotzdem ist keine einzige Stelle der ehemaligen Lehrerfortbildung gestrichen worden. Das Amt wurde umbenannt in «Fachstelle für Erwachsenenbildung». Was heisst das? Ist es eine Berufsberatung für Erwachsene? Dann wäre es eine weitere Doppelspurigkeit, denn die gut ausgestattete Berufsberatung des Kantons berät auch Erwachsene. Oder organisiert die Fachstelle weiterhin Fortbildung für Lehrpersonen?

Endlich ein Umdenken in der Bildungsdirektion herbeizuführen, ist Hildy Haas' Absicht. Einige der im BKSD-Budget enthaltenen Beträge könnten mit Fug und Recht gestrichen werden, wie etwa ein Betrag von CHF 10'000 für die Entlastung einer externen Projektleitung. Andere Aufgaben könnten redimensioniert, mit internen Kräften realisiert oder – wie die Pisa-Studie und die externe Evaluation – um ein Jahr verschoben werden.

Mit den vorgeschlagenen Kürzungen fällt längst nicht alles Geld für diese Projekte weg; sie betreffen nämlich nur die Konten «Berater, Gutachter, Experten» und «übrige Dienstleistungen von Dritten». Dem Projekt Nr. 127 würden so z.B. immer noch CHF 122'000 verbleiben.

Die Kürzungsanträge sind als Denkanstoss für kreative Lösungen zu verstehen.

Regierungsrat **Urs Wüthrich** bemerkt, Hildy Haas' Anträge und ihre Argumentation seien sehr teuer. Die vom Kanton selber erbrachte Lehrerfortbildung ist nämlich, wie die Antragstellerin selber auch weiss, massiv günstiger, als wenn sie an der Fachhochschule eingekauft werden muss. Deshalb wird ein Teil des Angebots weiterhin selber erbracht; eine völlige Auslagerung würde zu einem massiven Kostenschub führen. Denn der Hochschulvertrag sieht vor, dass mittels Leistungsvertrag Weiterbildungsangebote zurückgekauft werden müssten. Zur Zeit laufen entsprechende Vertragsverhandlungen für den Bereich Nachdiplomstudien.

Es ist widersprüchlich zu sagen, es brauche keine eigene Stabstelle Bildung, zugleich aber zu fordern, alles selber zu machen.

Werden die Gelder im Sinne des Budgetpostulats gestrichen, kann die externe Evaluation auf der Sekundarstufe 2 im zweiten aufeinander folgenden Jahr nicht realisiert werden. Das wäre nicht sehr intelligent, weil die Projekt- und Konzipierungskosten bereits angefallen sind. Das Baselbiet wäre der einzige Nordwestschweizer Kanton, der bei der Finanzierung der Vorbereitungsarbeiten mitgeholfen hat, dann aber keine Leistungen in Anspruch nimmt.

Die nächste Runde der Pisa-Studie lässt sich nicht verschieben, weil nicht der Kanton Basel-Landschaft den Zeitpunkt für die Realisierung eines europäischen Projekts bestimmen kann. Der Landrat kann heute einzig entscheiden, ob der Kanton sich an Pisa 2006 mit dem Schwerpunkt Naturwissenschaften beteiligt oder nicht.

Das Projekt Pensenpool wird mit externer Hilfe aufgegleist, damit endlich das nötige Steuerungswissen vorhanden ist; es ist erstaunlich zu vernehmen, dass der BKSD solches Steuerungs-, Kontroll- und Qualitätswissen entzogen werden soll.

Bei einer Annahme der Budgetpostulate könnte der Bildungsbericht 2007 (für den ein gesetzlicher Auftrag besteht) – jedenfalls in einer aussagekräftigen Form – wohl kaum realisiert werden. Auch die vom Landrat geforderte Betriebsüberprüfung des Amtes für Volksschulen wäre

gefährdet; dabei wurde dafür eine sehr befähigte externe Evaluationsstelle gefunden.

Als Mitglied der zuständigen Subkommission der Finanzkommission hat Hildy Haas bestimmt zur Kenntnis genommen, dass die BKSD im Sachaufwand einen tieferen Saldo ausweist als im letzten Jahr; insofern ist der Vorwurf, in dieser Direktion werde nicht gedacht und deshalb müsse sie zum Umdenken gezwungen werden, zurückzuweisen.

://: Der Budgetantrag 2005/251-17 der SVP-Fraktion betreffend Projekte im Schulbereich, übrige Dienstleistungen von Dritten, wird mit 42:30 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

://: Der Budgetantrag 2005/251-18 der SVP-Fraktion betreffend Projekte im Schulbereich, Berater, Gutachter, Experten, wird mit 45:28 Stimmen abgelehnt.

**Antrag 2005/251-19 von Eva Chappuis, SP, betreffend Entschädigung an Einwohnergemeinden (Konto 2512.352.00)**

Das Wort wird nicht gewünscht.

://: Der Antrag wird mit 70:2 Stimmen angenommen.

**Antrag 2005/251-20 von Eva Chappuis, SP, betreffend Rückerstattung von Gemeinden (Konto 2512.452.10)**

Es gibt keine Wortmeldungen.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag mit 73:0 Stimmen zu.

**Antrag 2005/251-21 von Eva Chappuis, SP, betreffend Lehrmittel (Konto 2522.310.71)**

**Eva Chappuis** erklärt, sie habe eine Aufstockung des Budgets um CHF 878'400 verlangt. Das entspricht dem Betrag, welcher im Vorjahr gebraucht worden ist. Die Regierung stellt den Antrag, nur CHF 650'000 zu bewilligen. Die Antragstellerin hat sich inzwischen erkundigt; die Begründung ist für die BKSD nicht sehr schmeichelhaft, aber dafür einleuchtend: Es braucht tatsächlich nur die CHF 650'000, und Eva Chappuis ändert ihren eigenen Antrag auf diese Summe ab.

://: Dem abgeänderten, dem Antrag der Finanzkommission somit entsprechenden Antrag (CHF 650'000) wird mit 76:0 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

**Antrag 2005/251-22 von Florence Brenzikofer, Grüne Fraktion, betreffend Fachhochschulen, Beiträge an gemeinsame Institutionen (Konto 2538.361.30)**

**Florence Brenzikofer** weiss seit einer EKK-Sitzung, dass nicht alle Ratskolleg(inn)en verstehen, was unter Niveaus A, E und P gemeint ist. Deswegen holt sie in ihrem Statement etwas weiter aus als in der schriftlichen Begründung. Niveau A steht für «allgemein», also jene Stufe, die bis vor wenigen Jahren noch «Realschule» geheissen hat. Niveau E bedeutet «erweitert», und Niveau P steht für «progymnasial». Wer heute auf Niveau A unterrichtet, hat einen anderen Ausbildungsweg als die Lehrkräfte der Ni-

veaus E und P hinter sich.

Niveau-E- und -P-Lehrer brauchen einen Uniabschluss (SLA = Sekundarlehramt). Eine Lehrperson für Niveau A hat eine Primarlehrerausbildung abgeschlossen und kann an der HPSABB – also demnächst an der Fachhochschule Nordwestschweiz – das nach Bologna-Richtlinien anerkannte Nachdiplomstudium (NDS SLA) absolvieren. Diese Ausbildung braucht es unbedingt. Denn die SchülerInnen, die auf diesem tiefsten Sek-Niveau zur Schule gehen, haben ein Anrecht auf eben so gut qualifizierte und motivierte Lehrkräfte wie jene auf den höheren Niveaus.

Gerade bei Niveau-A-Schülern ist es wichtig, dass sie optimal ausgebildet werden, damit sie mit 15 oder 16 Jahren eine gute Chance auf einen Ausbildungsplatz haben. Es ist bekannt, dass heute gerade dieses Segment grosse Probleme hat, eine Lehrstelle zu finden und motiviert ins Berufsleben einzusteigen.

Wahrscheinlich haben die wenigsten Landrätinnen und Landräte einmal die Realschule besucht; aber man darf nicht vergessen, dass heute im Kanton Baselland rund 4'000 SchülerInnen, also ein Drittel aller Jugendlicher, das Sekundarschulniveau A besuchen. 40,8 % der Schulklassen im Kanton sind auf diesem Niveau gebildet worden.

Im Sommer wurde der neue berufsbegleitende Studiengang 2005-07 gestartet, obschon der Kurs anfänglich nicht budgetiert war. Erst Bea Fünfschillings Interpellation hat die Diskussion um den angeblich vergessenen Studiengang ins Rollen gebracht: Nächstes Jahr soll es eine Standortbestimmung geben; an der FHNW soll ein neues Konzept für diese Ausbildung erarbeitet werden.

An der Fachhochschule ist für 2009 ein gemeinsamer Leistungsauftrag im Bereich Pädagogik vorgesehen. Bis dahin sollen die laufenden Ausbildungsgänge in den vier Trägerkantonen weitergeführt werden. Es ist realistisch zu sagen, dass es per 2009 einen neuen Ausbildungsgang für die Niveau-A-Lehrkräfte geben soll. Ziemlich sicher wird es eine vierjährige Vollausbildung werden, d.h. 2013 werden die ersten Absolventen diese Ausbildung abschliessen. Was passiert aber bis dann? Gar nichts?

Wie viele Lehrkräfte werden im Baselbiet bis 2013 auf dem Niveau A pensioniert? Das sind wohl einige. Wie viele Lehrkräfte unterrichten heute im Kanton ohne adäquate Ausbildung auf dem Niveau A? Auch das sind ziemlich viele.

Es ist unverantwortbar, die Ausbildung jetzt zu streichen, bevor der neue Studiengang steht. Dies bestätigt auch ein Blick über die Kantonsgrenzen hinaus: Im Aargau und in Solothurn besteht eine solche Ausbildung nicht, weswegen 60 % aller LehrerInnen, die dort auf dem Niveau A unterrichten, nicht entsprechend ausgebildet sind.

Das NDS SLA wird oft als «Schmalspurausbildung» bezeichnet. Vielleicht erfüllt dieser Studiengang nicht ganz alle Kriterien und ist auch nicht mit einer vierjährigen Ausbildung vergleichbar; aber sie ist nicht etwa veraltet, sondern noch ganz neu, und sie entspricht den Bologna-Richtlinien. Für den Kurs 2006-08 haben sich bereits mehr als zehn Lehrpersonen angemeldet.

Eine neue Ausbildung für die Niveau-A-Lehrkräfte, wie sie die vier Nordwestschweizer Kantone gemeinsam planen, ist zu begrüßen. Aber bis es soweit ist, darf es keinen Unterbruch geben. Wer möchte, dass das Nachdiplomstudium weitergeführt werden kann, bis die neue Ausbildung startet, sollte dem Budgetpostulat zustimmen. Die Schule müssen heute wissen, ob es diesen Ausbildungsgang im nächsten Jahr noch gibt.

Die SP-Fraktion schliesse sich den Ausführungen von Florence Brenzikofer an, gibt **Eva Chappuis** bekannt. Damit nicht der Verdacht aufkommt, sie spinne nun total, ergänzt die Landrätin, sie selber werde gegen den Budgetantrag stimmen.

**Jacqueline Simonet** hält fest, dass in dieser Angelegenheit noch ein Postulat der CVP/EVP-Fraktion hängig sei. Das Nachdiplomstudium ist ihr wichtig, weil die Qualität der Schulbildung gerade auf dem Niveau A bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine grosse Rolle spielt. Der Bedarf an Lehrpersonen für das Niveau A ist nach wie vor ungedeckt; in dieser Situation ist es nicht angebracht, die vor drei Jahren eingeführte, gut bewährte Ausbildung einfach zu kippen. Falls Änderungen nötig sind, können sie auch parallel zum laufenden Kurs vorgenommen werden bzw. sie hätten schon vorgenommen werden müssen.

Das Nachdiplomstudium erlaubt engagierten Primarlehrerinnen und -lehrern, berufsbegleitend in zwei Jahren die nötigen Kenntnisse und das spezifische pädagogische Fachwissen für das Niveau A zu erlangen.

Aus diesen Gründen unterstützt die CVP/EVP-Fraktion mehrheitlich das Budgetpostulat von Florence Brenzikofer. Das Nachdiplomstudium gehört zum Ausbildungs-Grundangebot; eigentlich gehörte es in den allgemeinen Budget-Topf «Bildung». Das Anliegen an sich ist der CVP/EVP-Fraktion aber wichtiger als die formale Budget-Korrektheit, weshalb sie Ja sagen wird.

Wie der Regierungsrat lehne auch die SVP-Fraktion den Antrag ab, erklärt **Fredy Gerber**. Die angekündigte Standortbestimmung abzuwarten, ist ihres Erachtens eine Sparmassnahme ohne Qualitätsverlust. Wenn die Regierung schon einmal konkret sparen möchte, sind die Mitglieder der SVP-Fraktion bestimmt die letzten, die sich dem widersetzen.

Demgegenüber hält **Christine Mangold** fest, mit Sparen habe das nichts zu tun. Regierungsrat Urs Wüthrich hat den Posten nicht aus Spargründen nicht ins Budget aufgenommen. Die ganze Vorgeschichte ist nicht gut gelaufen. Schon vor einem Jahr wurde festgestellt, die Ausbildung sollte, da nicht optimal, unterbrochen werden. Ein Weg wurde – auch ohne parlamentarische Vorstösse – gefunden, die Ausbildung doch noch zu ermöglichen.

Nun, ein Jahr später, ist die Ausbildung offenbar noch immer nicht optimal; und der entsprechende Betrag ist auch nicht mehr im Budget enthalten. Es heisst, es brauche einen Unterbruch, bis die optimale Ausbildung für Lehrkräfte des Niveaus A angeboten werden könne. So kann man nicht vorgehen! Wenn eine Ausbildung nicht optimal ist, sollte parallel zum noch laufenden Angebot an einer Verbesserung gearbeitet werden, so dass letztlich ein nahtloser Übergang möglich wird. Ein Unterbruch für mehrere Jahre ist nicht sinnvoll.

Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, diese Ausbildung solle nicht unterbrochen werden und die Schulen bräuchten Planungssicherheit für das Schuljahr 2006/07; deshalb stimmt sie grossmehrheitlich dem Budgetpostulat zu.

Für den Nachdiplomstudiengang fehlt laut Regierungsrat **Urs Wüthrich** ab 2006 eine Rechtsgrundlage. Denn nur für die Kurse ab 2003, ab 2004 und ab 2005 gab es – im Sinne einer Übergangsregelung – eine rechtliche Grundlage, denn schon damals war eine Neupositionierung ge-

plant. Der Ausbildungs-Unterbruch wurde mit der HPSABB bereits im Juni 2005 vereinbart.

Es wird nicht einfach zugewartet, sondern die Arbeiten an der Neupositionierung des Kurses sind bereits abgeschlossen worden. Die Überlegungen der entsprechenden Arbeitsgruppe sind bereits bei der Direktion der HPSABB. Nun muss der neue Schulrat klären, welche Inhalte angeboten werden sollen.

Der Bedarf ist abgesichert. So wurde die Anzahl der in den nächsten Jahren in Pension gehenden Niveau-A-Lehrkräfte erhoben, ebenso wie die Anzahl derjenigen Lehrer, die ohne entsprechende Qualifikation auf dem Niveau A unterrichten. Diese Zahl ist unerfreulich hoch, allerdings gibt es starke Schwankungen je nach Schulstandort.

Der Regierungsrat lehnt den Budgetantrag also nicht nur aus finanziellen Überlegungen ab, sondern weil die künftige Ausbildung sorgfältig und rechtzeitig aufgelegt werden soll, so dass sie 2007 gestartet werden kann. Ab 2006 gibt es einen neuen Adressaten für die Verhandlungen, da dann die HPSABB nicht mehr existiert, sondern die Fachhochschule Nordwestschweiz als Träger dieses Angebots fungieren wird. Mit ihr muss sich der Kanton über den Inhalt, das Konzept der Ausbildung und deren Preis verständigen.

Deshalb bittet die Regierung den Landrat, den Antrag abzulehnen. Zudem kann es gar nicht sein, dass sich bereits Leute angemeldet haben für den Kurs ab 2006. Denn seit Juni ist mit der HPSABB vereinbart, dass dieser nicht stattfinden wird. Es gab zwar einzelne Interessenten; aber für ein gar nicht bestehendes Angebot kann sich niemand angemeldet haben.

Die Regierung ist daran interessiert, dass die künftige Ausbildung den Absolventen auch tatsächlich eine Perspektive eröffnet und nicht ihr Aktionsfeld aufs Baselpbiet reduziert.

**Florence Brenzikofer** meint, Neupositionierung, Standortbestimmung und Erhebungen seien nur das Eine. Das Andere ist die Frage, wann denn die neue Ausbildung tatsächlich starten würde. Diese lässt sich nicht so einfach *husch-husch* konzipieren, denn es sind vier Kantone mit vier verschiedenen Schulsystemen beteiligt; das kann also dauern.

Der **Bildungs-, Kultur- und Sportdirektor** korrigiert: Es handelt sich ein Exklusivangebot, dass nur der Kanton Basel-Landschaft für sich in Anspruch nimmt, solange, bis ab 2009 – wohl eher noch etwas später – gemeinsame Ausbildungsgänge geschaffen werden.

://: Der Landrat nimmt den Budgetantrag 2005/251-22 von Florence Brenzikofer betreffend Fachhochschulen, Beiträge an gemeinsame Institutionen, mit 49:30 Stimmen bei einer Enthaltung an.

**Antrag 2005/251-23 der FDP-Fraktion betreffend Revision des Pflegekinderrechts / Vorlage 2005/150 (Konto 2550.301.20), Streichung des 20-%-Pensums ab 1.7.2006**

**Antrag 2005/251-24 der FDP-Fraktion betreffend Revision des Pflegekinderrechtes (Konto 2551.366.00)**

**Judith Van der Merwe** erklärt, diese beiden Anträge sei-

en entstanden, nachdem in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission die Revision des Pflegekinderrechts (Vorlage 2005/150) besprochen wurde. Die finanziellen Auswirkungen dieser Vorlage sind bis zuletzt unklar geblieben. Dies hat die FDP-Fraktion dazu bewogen, abzuklären, mit welchen Annahmen gerechnet werden könnte.

Die Vorlage selbst wird im Januar 2006 in den Landrat kommen; die FDP-Fraktion steht generell hinter dieser Revision. In den Gesprächen mit der Fachstelle Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe wurde festgestellt, dass diese sehr kompetente Fachstelle gute Arbeit leistet.

Der Budgetantrag Nr. 23 betrifft einen kleinen Betrag; aber der freisinnigen Fraktion geht es ums Prinzip. Im Sommer 2004 wurde eine der wichtigen Aufgaben dieser Fachstelle an den Pflegedienst beider Basel ausgelagert; dafür wurden jährlich CHF 150'000 budgetiert. Gleichzeitig wurde aber das Pensum der Fachstelle auf dem bisherigen Stand beibehalten. Nun sind aber über anderthalb Jahre vorbei. Die betroffene Stelle soll nun noch ein paar kleinere administrativen Arbeiten zusätzlich übernehmen (einige Rechnungen inkl. Mahnwesen); es ist von 40-50 Verträgen pro Jahr auszugehen. Es ist durchaus möglich, diese relativ kleine Aufgabe im jetzigen Pensum erbringen zu können. Wenn der Antrag angenommen wird, erhöht der Kanton das entsprechende Pensum einfach nur um 3,5 statt um 3,7 Vollstellen.

Der Budgetantrag Nr. 24 wird von der Regierung entgegenommen und von der Finanzkommission unterstützt, weshalb sich Judith Van der Merwe dazu nicht weiter äussern möchte.

**Eva Chappuis** bittet namens der SP-Fraktion um die Ablehnung des Antrags Nr. 23. Die Fachstelle Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe hat in den letzten Jahren eine massive Zunahme von Aufgaben erfahren; daran wird sich auch in nächster Zeit nichts ändern. In den letzten Jahren wurden im Kanton neun Einrichtungen für Kleinkinderbetreuung geschaffen, die kontrolliert, bewilligt und beaufsichtigt werden müssen; mindestens drei weitere folgen nächstes Jahr. Dazu steht immer noch der genau gleiche Personalbestand wie vor fünf Jahren zur Verfügung. Die Stellenaufstockung um 20 % ist dringend nötig – ob das Pflegekindergesetz etwas früher oder später in Kraft tritt, ist dabei unerheblich.

**Rita Bachmann** geht für die CVP/EVP-Fraktion gleich auf beide Anträge ein.

Zu Antrag Nr. 23: In den Beratungen der Vorlage 2005/150 in der VGK wurde klar gesagt, die 20-%-Stelle würde erst dann geschaffen, wenn der Bedarf wirklich ganz klar ausgewiesen ist. Auch den Erläuterungen der Regierung ist zu entnehmen, dass die betroffene Fachstelle nur gerade über sieben Vollpensen verfügt. Wie Eva Chappuis richtig bemerkt hat, musste diese Stelle in den letzten Jahren laufend zusätzliche Aufgaben übernehmen. Deshalb ist das Budgetpostulat abzulehnen.

Zu Antrag Nr. 24: Nach einer gewissen Zeit wünscht sich die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission eine Evaluation über die Auswirkung der Gesetzesrevision.

Aus den gleichen Gründen wie Eva Chappuis und Rita Bachmann ist auch **Madeleine Göschke** – und mit ihr die grüne Fraktion – gegen Budgetantrag Nr. 23. Die regierungsrätliche Begründung ist sehr klar: Es geht nicht um

die Schaffung einer neuen Stelle, sondern man ist sehr bemüht, die absehbare Zusatzarbeit auf die verschiedenen MitarbeiterInnen zu verteilen. Die Fachstelle ist bereits heute am Limit, und ihre Aufgaben werden zunehmen.

Die Grünen lehnen das Budgetpostulat Nr. 24 ab. Denn die Begründung ist schlicht skandalös: Die Kinderzahl wird von 35 auf 30 reduziert. Was aber macht man, wenn es mehr Kinder werden? – Es ist bekannt, dass diese Zahlen steigen. Es ist ungeheuerlich, dass der Landrat seine Verantwortung nicht wahrnimmt. Keine Eltern geben ihre Kinder freiwillig an einen Pflegeplatz, egal aus welchen Gründen. Die Pflegeplätze werden unbedingt benötigt; aber niemand kann sagen, ob es nächstes Jahr 30, 50 oder 60 solche Plätze braucht.

Akzeptabel wäre einzig eine Kürzung, weil die Gesetzesrevision erst im Juli in Kraft tritt.

Immer wenn die landrätliche Geschäftsprüfungskommission eine Dienststelle besucht, lautet gemäss Regierungsrat **Urs Wüthrich** die Schlussfolgerung, es mangle der Stelle an personellen Ressourcen, und man müsse ernsthaft deren Personalaufstockung diskutieren. Wenn die GPK die Fachstelle Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe besuchte, wäre diese Aussage sogar fett gedruckt. Denn die Arbeitsbelastung hat in den letzten Jahren massiv zugenommen.

Judith Van der Merwe hat gesagt, die FDP-Fraktion sei aus prinzipiellen Gründen gegen die geringe Stellenaufstockung – aber ein Prinzip kann keine Arbeit leisten, keine Verträge kontrollieren, keine Zahlungen abwickeln und keine Abklärungen treffen. Es ist ganz wichtig, der speziellen Situation der Dienststelle Rechnung zu tragen: Sie ist räumlich isoliert, weshalb kein Austausch von Aufgaben mit anderen Stellen möglich ist; es handelt sich um ein Kleinstteam, das von Schwankungen im Arbeitsanfall viel stärker betroffen ist als grössere Dienststellen.

Bei den Aufgaben der Fachstelle geht es um viel mehr, als Rechnungen in einem Ordner abzulegen, sondern dazu gehören die gesamte Vertragsabwicklung, die Sicherstellung der ZählerInnen, die Erueierung der Adressaten; wenn die Fachstelle diese Aufgaben nicht professionell, da personell unterdotiert, wahrnehmen muss, ist der mögliche Einnahmefall wohl um einiges grösser als die Einsparung von CHF 10'000.

Aus diesen Gründen beantragt die Regierung, der bescheidenen Pensenaufstockung stattzugeben.

Zu Budgetpostulat Nr. 24 bemerkt Regierungsrat Urs Wüthrich, ausschlaggebend sei allein der spätere Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Regelung.

**Judith Van der Merwe** bemerkt, bei ihrem ersten Votum hätten längst nicht alle Ratsmitglieder zugehört. Deswegen möchte sie wiederholen, was die von ihr angeführten prinzipiellen Gründe für den Antrag Nr. 23 sind.

Die BKSD hat eine Aufgabe ausgelagert und für die Erfüllung dieser Aufgabe dem Pflegedienst CHF 150'000 bezahlt. Gleichzeitig wurde das Pensum der Fachstelle unverändert beibehalten. Man hätte sich damals schon nach dem Sinn fragen sollen, Aufgaben auszulagern, aber keine entsprechende Pensenkürzung vorzunehmen.

Die kleine Zusatzaufgabe, welche die Fachstelle nun erhalten wird – es geht um maximal 50 Rechnungen im Jahr –, lässt sich ohne Aufstockung bewältigen. Judith Van der Merwe leitet selber die Administration in einem Betrieb und hat dabei mit einer einzigen 100-%-Stelle mehr als

das Hundertfache an Rechnungen und Mahnungen zu bewältigen. Deshalb kann sie nicht verstehen, dass dafür eine 20-%-Stelle geschaffen werden soll.

://: Der Landrat stimmt dem Budgetantrag 2005/251-23 der FDP-Fraktion betreffend Revision des Pflegekinderrechts (Streichung des 20-%-Pensums ab 1.7.2006) mit 42:38 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

://: Der Landrat nimmt den Budgetantrag 2005/251-24 der FDP-Fraktion betreffend Revision des Pflegekinderrechtes mit 54:28 Stimmen bei drei Enthaltungen an.

### **Anträge des Regierungsrates**

**Unterhaltsbeiträge Sekundarschulen und ehem. Real-  
schulbauten inkl. Rückerstattung der Gemeinden:  
Erhöhung Konto 2527.352.00 um Fr. 1'300'000 / Erhö-  
hung Konto 2527.462.11 um Fr. 500'000**

**Kinderzulagen – gemäss Abstimmung betreffend neu-  
em Familienzulagengesetz: Erhöhung Konto  
2127.301.00 um Fr. 2'000'000**

**Zusatzkredit flankierende Massnahmen im Rahmen  
des Projektes Generelle Aufgabenüberprüfung der  
BKSD: Erhöhung Konto 2127.304.20 um Fr. 1'050'000**

**Finanzielle Auswirkungen der Änderung des Finanz-  
kraftindex 2006/07 auf Budget 2006 (Index alt: 116 /  
Index neu: 109): Verminderung Konto 360.00 um Fr.  
9'590'000 / Erhöhung Konto 460.00 um Fr. 6'510'000 /  
Erhöhung Konten 440.10 und 410.00 um Fr. 9'110'000**

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** stellt fest, dass niemand das Wort zu diesen Anträgen wünscht. Die Finanzkommission stimmt allen vier Anträgen zu.

://: Allen vier Regierungsanträgen stimmt der Landrat stillschweigend zu.

Der **Landratspräsident** hält fest, dass zum Bereich der Gerichte, zu den Verpflichtungskrediten und zu den unselbständigen öffentlichen Anstalten keine Wortbegehren vorliegt und damit die Detailberatung abgeschlossen ist.

### **Rückkommensantrag**

Weil im Ratssaal immer noch eine Unruhe betreffend der Entscheidungsfindung zum Budgetantrag 2005/251-15 zu verspüren ist, beantragt **Eric Nussbaumer** Rückkommen auf dieses Budgetpostulat.

**Isaac Reber** hat gar keine Freude über das alljährlich wiederkehrende Ritual der Budget-Rückkommensabstimmungen. Als Vertreter einer Minderheit ist ihm das Gefühl des Verlierens geläufig. Andere Ratsmitglieder sind darin weniger geübt. Dass das Parlament auf seine Entscheide hin und wieder

zurückkommt, ist nicht aussergewöhnlich. Das Rückkommen kann ein sinnvolles Instrument sein, wenn es darum geht, Unklarheiten oder Missverständnisse zu korrigieren. Die Abstimmung über Rückkommen auf den Budgetantrag Nr. 15 wurde aber bereits durchgeführt; das Resultat ist allen bekannt.

Landratsmitglieder, die glauben, auch im Rückkommen auf ein bereits abgelehntes Rückkommen noch beübt werden zu müssen, tun **Isaac Reber** schlicht und einfach leid.

Auf diese Art kann ein Parlament nicht effizient arbeiten. Sonst wird irgendwann nach jeder Entscheidung, der irgend jemandem nicht passt, wieder ein Rückkommensantrag gestellt. So würde eine Debatte nie zu einem Ende kommen.

Das Verhalten gewisser Ratsmitglieder ist enttäuschend und unfair. Wahrscheinlich enthält die Geschäftsordnung des Landrats schlicht einen Systemfehler; es kann nicht sein, dass auf das gleiche Geschäft mehrfach zurückgekommen werden kann.

**Ruedi Brassel** versteht **Isaac Rebers** Unmut sehr gut. Er versteht auch, wenn es den in der Abstimmung Unterlegenen nicht passt, dass ihre Stimme entgegen ihrer Intention gewertet worden ist.

Was jedoch unverständlich ist, ist, dass diejenigen, die sich in der Taste – und somit im Denken – vertan haben, dem Landratspräsidenten den Vorwurf machen, er habe die Abstimmung falsch angeleitet. Diese Anschuldigung ist nicht akzeptabel.

Trotzdem hielte es **Ruedi Brassel** persönlich im Interesse des Klimas im Rat für richtig, Rückkommen zu bewilligen, dies in der grossen Hoffnung, dass gewisse Leute lernen, wie Ja- und Nein-Sagen mittels grüner und roter Knöpfe funktioniert, und dass sie auch lernen, ein Ergebnis zu akzeptieren.

Ein wiederholtes Rückkommen empfindet **Martin Rüegg** als Zwängerei. Er bittet die Bürgerlichen um etwas mehr Gelassenheit. Sie haben eine Schlacht verloren, aber der Krieg findet voraussichtlich erst 2006 statt; sie können dann wieder für ihr Anliegen kämpfen. Heute hatten sie bereits zwei Mal die Chance, den richtigen Knopf zu treffen; es ist nicht einzusehen, weshalb nun noch ein drittes Mal geübt werden soll.

**Daniele Ceccarelli** versteht als Quintessenz von **Ruedi Brassels** Votum den schadenfreudigen Vorwurf: «*Ättschbätsch* – ihr habt falsch gedrückt!» – So geht es aber nicht.

Es ist nun einmal so, dass der Wille derjenigen, welche sich klar gegen die Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle aussprechen wollten, – durch welche Umstände auch immer – nicht zum Ausdruck gekommen ist. Es kann nicht sein, dass man ihnen ihre Willenskundgebung verwehrt. Gegen jeden Volkentscheid kann eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht werden, wenn ein Bürger der Meinung ist, seinem Wille sei nicht wirklich Ausdruck verliehen worden. Dies muss auch im Landrat möglich sein. Die Linke argumentiert übertrieben formell. Dem Rückkommensantrag ist zuzustimmen.

**Jörg Krähenbühl** ist nach wie vor überzeugt, dass der Rat bei der Abstimmung über Budgetantrag Nr. 15 irreführt worden sei. Deshalb hat er einen Rückkommensantrag gestellt. Dieser ist abgelehnt worden, und **Jürg**

Krähenbühl ist Demokrat genug, diesen Entscheid zu akzeptieren. Er wird deshalb gegen einen weiteren Rückkommensantrag stimmen.

*[Applaus von einzelnen SP-Ratsmitgliedern]*

**Daniel Wenk** versteht die Welt nicht mehr so ganz. Er hat seine Meinung zur AGK bzw. zu einem Geschäft, zu dem es noch keine Vorlage gibt, klar zum Ausdruck gebracht. Nun findet er, wenn der Landratspräsident von sich aus ein Rückkommen beantrage, weil er das Gefühl hat, die Abstimmung sei nicht ganz klar gewesen, sollte ihm die Möglichkeit zugestanden werden, darauf noch einmal zurückzukommen.

Dieses Votum unterstützt **Paul Schär**. Es sollte nichts ungeklärt im Raum stehen gelassen und deshalb noch einmal abgestimmt werden.

://: Dem Rückkommensantrag wird mit 47:28 Stimmen bei zwei Enthaltungen stattgegeben.

**Antrag 2005/251-15 von Patrick Schäfli, FDP, betreffend Streichung der Aufwände und Erträge im Zusammenhang mit der Abschnitts-Geschwindigkeitskontrollanlage (AGK) – Wiederholung der Abstimmung**

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag mit 41:34 Stimmen bei sieben Enthaltungen ab.

*[Applaus von der Ratslinken und Teilen der FDP-Fraktion]*

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** erklärt, es solle nun über den Landratsbeschluss (Anträge der Finanzkommission) abgestimmt werden.

**Ordnungsantrag**

**Eva Chappuis** erinnert daran, dass der Rat drei pauschalen Budgetanträgen mit einem Gesamtvolumen von CHF 1,8 Mio. – also lediglich 0,07 % des Gesamtaufwandes – zugestimmt hat. In diesen drei Positionen hat er also das Budget an die Regierung zurückgewiesen – siehe Gutachten des Rechtsdienstes.

Nach Ansicht der SP-Fraktion ist deshalb eine Schlussabstimmung über das Budget zum jetzigen Zeitpunkt nicht zulässig. Sie beantragt, die Schlussabstimmung bis im Januar auszusetzen. Die Regierung erhält somit die Möglichkeit, die CHF 1,8 Mio. schön sorgfältig zu verteilen und dem Landrat das Budget nochmals zu unterbreiten. Erst dann soll die Schlussabstimmung stattfinden.

Sollte die Mehrheit des Rates unbesehen der Rechtslage die Schlussabstimmung heute durchführen wollen, wird sich die SP-Fraktion daran nicht beteiligen. Sie ist mit dem Budget grundsätzlich einverstanden, möchte es aber auf ordentlichem Wege genehmigen. Ob die Pauschalanträge ein Volumen von CHF 1,8 oder 80 Millionen haben, ist unerheblich: Wer seinem Nachbarn Geld aus der Tasche stiehlt, ist ein Dieb, egal ob es ein Einfränkler oder eine Hunderternote ist.

*Für das Protokoll:*

*Alex Klee-Böckow, Landeskanzlei*

(Fortsetzung Traktandum 10, nach Alex Klee)

Regierungsrat **Adrian Ballmer** bittet um Zustimmung zum Budget in einer Gesamthöhe von ca. Fr. 2.5 Mia.. Hier werde nun um 1 bis 2 Mio. Franken gestritten. Er selbst habe jeweils auf den vorbehaltenen Beschluss der Regierung bezüglich Verteilung hingewiesen, und daran werde sich wohl nichts ändern, würde das Geschäft nun zuhanden einer erneuten Prüfung durch die Regierung ausgestellt. Die drei Pauschalkürzungen wurden proportional zum Budget auf die einzelnen Direktionen verteilt, das heisst bei:

Personalaufwand /Allgemeine Verwaltung	Fr. 5'900.–
FKD	Fr. 40'500.–
VSD	Fr. 390'300.–
BUD	Fr. 74'300.–
JPMD	Fr. 134'000.–
BKSD	Fr. 317'200.–
Gerichte	Fr. 37'800.–
Total	Fr. 1'000'000.–

Zu den Maschinen /Apparaten sowie zu den öffentlichen Anlässen hat der Finanzdirektor bereits einzelne Angaben gemacht. Diesbezüglich seien keine Einwände festzustellen gewesen. Er bittet sehr, der Landrat möge seiner Verantwortung gerecht werden und dem Budget zustimmen.

**Paul Schär** lehnt mit der FDP den Ordnungsantrag ab.

**Jürg Wiedemann** meint namens der Grünen Fraktion, Eric Nussbaumer habe bis auf den heutigen Tag die Landratssitzungen immer sehr seriös geleitet, heute sei ihm aber ein relativ böser Fehler unterlaufen. – Er selbst habe in der Eintretensdebatte bereits darauf hingewiesen, dass der Landrat nicht nur Rechte sondern auch Pflichten habe. Gemäss dem Gutachten der Rechtsabteilung ist es unzulässig, dass der Landrat die Verteilung von Mehr- oder Minderausgaben an den Regierungsrat delegiert. Seiner Ansicht nach hätte man nach dem allerersten Budgetpostulat die Sitzung abbrechen können, was auch der Landratspräsident eventuell hätte machen können. Die Grünen folgen der SP und finden es richtig, das Budget heute nicht zu genehmigen, sondern die Abstimmung bis mindestens im Januar zu verschieben, wenn man Klarheit über die Verteilungen hat. Seine gestern an der Eintretensdebatte gemachte Aussage, dass die bürgerlichen Parteien das Finanzaushaltsgesetz missachten, wenn sie heute dem Budget zustimmen, wiederholt Jürg Wiedemann. Ganz klar finden die Grünen dieses Vorgehen nicht goutierbar und eine Hau-Ruck-Methode, welche eines Parlamentes unwürdig sei.

**Eugen Tanner** und die CVP/EVP-Fraktion lehnen den Antrag ab. Auch in dem Rechtsgutachten werde deutlich gesagt, die Pauschalbudgetanträge seien zulässig. Sage man dann anschliessend bei den Spezifizierungen, es müsste anders gemacht werden, so handle es sich dabei erstens um Interpretationen, zweitens zu Artikeln, die anderswo und nicht bei den Budgetabschnitten gestanden hätten. Was man gemacht habe, sei durchaus akzeptabel. Im Übrigen gebe es so etwas wie Kreditverschiebungen. Diesbezüglich habe man in der Verwaltung wiederum Freiheiten. Betrachte man jeweils die Rechnungen, so seien Dutzende, ja Hunderte von Abweichungen festzustellen; damit gehe man grosszügig um, auch wenn es

sich um mehrstellige Tausenderbeträge handle.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** gibt zu Protokoll, der von der SVP zu den pauschalen Budgetanträgen geäußerten Meinung sei nichts hinzuzufügen und bittet das Ratskollegium, den Antrag von Eva Chappuis abzulehnen.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** bittet den Ratspräsidenten, zur Abkürzung des Prozederes dem Landrat folgenden Antrag zu stellen: Die Verteilung der Pauschalkürzungsanträge auf die einzelnen Direktionen soll vom Parlament in der vom Finanzdirektor vorgängig dargelegten Form abgesegnet werden, nämlich indem eine Verteilung der Kürzungsvorgabe proportional zu den budgetierten Beträgen 2006 erfolgt. – So habe sich die Regierung zusammengerauft, fast alle mussten dabei schlucken, bemerkt Adrian Ballmer.

[Zwischenruf: «Alle, nicht fast!» von der Regierungsbank]

Diesen Vorschlag würde man so oder so im Januar bringen. Mit dem vorliegenden Antrag wäre auch den formalen Bedenken der SP und der Grünen Rechnung getragen, meint er abschliessend.

**Eric Nussbaumer** macht darauf aufmerksam, dass die Regierung jederzeit selbst Antrag stellen kann. Er lässt als Erstes über den Rückweisungsantrag der SP abstimmen, dann über den Antrag von Adrian Ballmer. Anschliessend findet die Detailberatung der anderen Beschlüsse statt.

*Abstimmung Ordnungsantrag Chappuis*

://: Der Landrat lehnt den Antrag von Eva Chappuis auf Aussetzung der Schlussabstimmung bis im Januar mit 50 : 27 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

*Abstimmung Antrag Adrian Ballmer*

Nach **Ruedi Brassels** Ansicht handelt es sich dabei um einen Schlüssel zu einer Spezifikation, deren konkrete Auswirkung man noch gar nicht kennen kann. Es wäre hilfreich, diese Aufteilung schriftlich zu erhalten. Er persönlich sieht sich nicht in der Lage, jetzt qualifiziert zu diesem Modus Stellung zu beziehen.

**Eric Nussbaumer** meint, in diesem Falle könne man sich der Stimme enthalten; der Antrag steht auf dem Tisch.

**Marc Joset:** Ginge alles mit rechten Dingen zu und her, so hätte man nun keine generellen Anträge, sondern konkrete, welche die Finanzkommission genau hätte prüfen können. Folge ist nun, dass die konkreten Auswirkungen auch nicht in der Finanzkommission diskutiert werden können; er bedauert dies als ein 'Verkümmernis' unserer politischen Kultur und findet es schade, dass hiermit nun einfach ohne Kommissionsberatung bewilligt, respektive zur Kenntnis genommen wird.

**Jürg Wiedemann** lehnt mit der Grünen Fraktion den Antrag ab. Man möchte schon genauer wissen, wie das aussieht; es gehe alles zu schnell. Richtigerweise müsste dies erst in der Finanzkommission diskutiert werden.

**Paul Schär** stellt fest, man verliere nun die Flughöhe langsam ganz und befinde sich sozusagen mit dem Leiterwägeli auf dem Flugplatz. Wenn die Regierung nun diesen Vorschlag bringe, so bewege sie sich im Operationellen, selbst aber bleibe man auf der strategischen Ebene. Die FDP stimmt dem regierungsrätlichen Antrag als gute Lösung zu [vereinzelt Applaus von rechts].

://: Der Landrat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 49 : 24 Stimmen bei 8 Enthaltungen zu.

*Detailberatung Landratsbeschluss*

**Eric Nussbaumer** gibt die daraus folgenden Abänderungen bekannt:

Ziffer 1 (neu)

*Dem Budget 2006 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwand von 2'544.3 Mio. Franken (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 109.4 Mio. Franken) und einem Ertrag von 2'542.8 Mio. Franken, was einen Aufwandüberschuss von 1.5 Mio. Franken ergibt, wird zugestimmt.*

Keine

Wortbegehren

Ziffer 2 (neu)

*Dem Investitionsbudget 2006 mit Ausgaben von 212.5 Mio. Franken und Einnahmen von 100.3 Mio. Franken [unverändert], ergebend einen Ausgabenüberschuss von 112.2 Mio. Franken, wird zugestimmt.*

Keine

Wortbegehren

Ziffer 3 (neu)

*Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung von 1.5 Mio. Franken, Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 109.4 Mio. Franken [unverändert], einem Ausgabenüberschuss in der Investitionsrechnung von 112.2 Mio. Franken, was einen Finanzierungsbedarf von 4.2 Mio. Franken ergibt, wird Kenntnis genommen.*

Keine

Wortbegehren

Ziffer 4

Keine Wortbegehren

Ziffer 5  
begehren

Keine Wort-

Ziffer 6  
begehren

Keine Wort-

Ziffer 7  
begehren

Keine Wort-

Rückkommen wird nicht verlangt.

Es liegt ein Antrag der FDP auf namentliche Abstimmung

vor.

– **Schlussabstimmung**

://: Der Landrat stimmt dem abgeänderten Landratsbeschluss zum Budget 2006 mit 50 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

JA-Stimmen:

Romy Anderegg, Elisabeth Augstburger, Rita Bachmann-Scherer, Margrit Blatter, Rosmarie Brunner, Daniele Ceccarelli, Ivo Corvini, Thomas de Courten, Hanspeter Frey, Anton Fritschi, Bea Fünfschilling, Daniela Gaugler, Fredy Gerber, Eva Gutzwiller, Hildy Haas, Gerhard Hasler, Urs Hess, Peter Holinger, Hans Jermann, Paul Jordi, Jörg Krähenbühl, Christine Mangold, Juliana Nufer, Aldo Piatti, Rolf Richterich, Hans-Jürgen Ringgenberg, Paul Rohrbach, Werner Rufi, Hanspeter Ryser, Patrick Schäfli, Paul Schär, Dieter Schenk, Daniela Schneeberger, Elisabeth Schneider, Agathe Schuler, Thomas Schulte, Jacqueline Simonet, Christian Steiner, Dominik Straumann, Eugen Tanner, Georges Thüring, Judith Van der Merwe, Helen Wegmüller, Daniel Wenk, Karl Willimann, Hansruedi Wirz, Hans-Peter Wullschleger, Ernst Wüthrich, Matthias Zoller, Peter Zwick

Enthaltung:

Eric Nussbaumer

**Beilage 1 (Landratsbeschluss)**

*Für das Protokoll:  
Brigitta Laube, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1550

**11 2005/288**

**Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 3. November 2005: Qualitätssicherung auf Niveau A der Sekundarschule**

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** erklärt, der Regierungsrat lehne das Postulat ab.

Regierungsrat **Urs Wüthrich** begründet: Die Formulierung ist nicht mehr ganz aktuell. Der Regierungsrat hat abgelehnt, da er der Meinung ist, man könne nicht etwas bestellen, wofür zu zahlen man nicht bereit ist. Nun hat das Parlament aber beschlossen, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das Postulat könne daher auch überwiesen werden, wenn es darum gehe, über die Bearbeitung zu berichten. Ein Stückweit sei es jedoch durch den parlamentarischen Auftrag in Zusammenhang mit dem Budget bereits erfüllt.

**Jacqueline Simonet** bedankt sich bei den Ratskollegin-

nen und -kollegen für das Ja zum Postulat von Florence Brenzikofer und damit zur Bewilligung des Kurses 2006. Trotzdem möchte sie an ihrem Postulat fest halten. Begründung: Die eine Forderung ist erfüllt. Nach der Debatte bleibt bei ihr aber ein merkwürdiges Gefühl zurück. Es wurde mehrmals behauptet, dass die jetzige Ausbildung verbessert werden muss. Sie fragt sich, was wohl die Lehrerinnen und Lehrer denken, die den ersten revidierten Kurs soeben absolviert haben, und zwar mit einem aussergewöhnlichen Engagement. Sind sie vielleicht Lehrerinnen und Lehrer zweiter Klasse? Tatsache ist, dass das Nachdiplomstudium SEA im Vergleich mit anderen Ausbildungen eine kostengünstige und effiziente Ausbildung darstellt. Sie wurde vor drei Jahren nach Bologna-Vorschriften revidiert. Von «Schnellbleiche», das Wort ist hier im November gefallen, kann bei 1'800 Lektionen in zwei Jahren – die Zahl entspricht im Übrigen einem Jahr Vollstudium – nicht die Rede sein. Hier werden motivierte Lehrkräfte, die bereits eine dreijährige Ausbildung hinter sich haben, 'on the job' für eine anspruchsvolle Lehrtätigkeit an der Sekundarschule des Niveaus A ausgebildet. Wer dies als Sackgasse definiere oder Europatauglichkeit verlange, verneine die Bedürfnisse unserer Schülerinnen und Schüler hier und müsse sich fragen lassen, wie ernst das Bildungsgesetz mit seinen drei Niveaus genommen wird.

Die Baselbieter Schülerinnen und Schüler brauchen gut ausgebildete Lehrpersonen, und die meisten Lehrpersonen sind nicht an einer internationalen Karriere interessiert. Sie brauchen aber die nötigen Werkzeuge für ihren Beruf hier, sie brauchen auch eine gültige Anstellung.

Eine weitere Aussage des Bildungsdirektors macht ebenfalls nachdenklich. Geht es wirklich darum, nur für Basel eine bessere Ausbildung zu schaffen? Ab 1. Januar 2006 gibt es die FHNW. Von allen Seiten gibt es Bemühungen, unsere Schulstrukturen zu harmonisieren. Ist es daher sinnvoll, vielleicht nur für ein paar Jahre eine neue Ausbildung zu planen? – Der Nachdiplomkurs wurde erst vor drei Jahren reformiert. Die ersten AbsolventInnen schlossen im Juni 2005 ab. In ihrem Postulat verlangt Jacqueline Simonet die Schaffung eines Bildungsangebots für das Sekundarniveau A sowie Planungssicherheit für die Schulen. Dies ist ihr nach wie vor wichtig, damit nicht dasselbe wie in den letzten beiden Jahren passiert, nämlich dass die Schulen nicht wissen, ob der Kurs stattfindet oder nicht. Sie möchte, dass die gemachten Bemerkungen in der Planung mitberücksichtigt werden. In diesem Sinne bittet sie um Zustimmung zum Postulat.

**Eva Gutzwiller** bemerkt, Jacqueline Simonet habe im Prinzip alles gesagt. Dieselben Gedanken haben auch die FDP-Fraktion bewogen, das Postulat zu unterstützen, unabhängig davon, ob es – Gott sei Dank wurde es angenommen – bewilligt wurde oder nicht. Es sei ganz wichtig, dass nun nach der Zwischenlösung eine Anschlusslösung auf dem Tisch ist. Mit der Überweisung des Postulats möchte sie sicherstellen, dass jedenfalls eine Lösung kommt und nicht erst eine Zwischenlösung und nach einer Pause eventuell mal eine Lösung; ein nahtloser Übergang soll möglich sein.

**Florence Brenzikofer** kann sich dem Gesagten anschliessen, auch die Grünen werden das Postulat unterstützen.

**Eva Chappuis:** Die Mehrheit der SP-Fraktion wird das Postulat ebenfalls unterstützen. Sie selbst möchte den 'Friede-Freude-Eierkuchen' aber trotzdem ein wenig stören. Die Ausbildung, welche nun unterbrochen werden soll, war bewusst als Provisorium angelegt und nie als Dauerausbildung gedacht; es handelte sich um einen Notnagel, um aktuelle Personalengpässe bei der damaligen Realschule respektive heutigen Sekundarschule Niveau A zu beheben.

Die Sekundarschule unter einem Dach bedeutet, dass mittelfristig keine speziell für das Niveau A ausgebildeten Lehrkräfte mehr notwendig sind. Die Sekundarschule braucht Fachgruppenlehrkräfte, die auf allen drei Niveaus unterrichten können und flexibel einsetzbar sind; sie müssen sowohl fachlich als auch pädagogisch allen Niveaus dieser Schule gerecht werden. Es macht daher keinen Sinn, dieses Provisorium zu verlängern. Es behindere die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen, welche ebenfalls auf allen Niveaus einsetzbare Sekundarlehrkräfte brauchen, und damit die Schaffung vernünftiger Ausbildungen und eines vernünftigen Nachdiplomstudiums, welches Primarlehrerinnen und Primarlehrer dazu befähigt, auf der gesamten Sekundarstufe I zu unterrichten. Dies wäre ein lohnendes Ziel. Das andere sei weiterhin Pflästerli-Politik.

Keine weiteren Wortbegehren.

://: Der Landrat stimmt dem Postulat zur Qualitätssicherung auf Niveau A der Sekundarschule mit 44 : 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu und überweist es damit an den Regierungsrat.

Landratspräsident **Eric Nussbaumer** macht dem Rat an dieser Stelle beliebt, die Sitzung abubrechen und das Jahresprogramm 2006 in der Januarsitzung zu behandeln, da noch Verabschiedungen anstehen und im Anschluss eine kleine Chordarbietung vorgesehen ist.

://: Diesem Vorgehen stimmt der Landrat stillschweigend zu.

*Für das Protokoll:  
Brigitta Laube, Landeskanzlei*

\*

## Verabschiedungen durch den Landratspräsidenten

### – Florence Brenzikofer

«Florence Brenzikofer verlässt den Rat bereits wieder nach zweieinhalb Jahren. Sie wurde im Wahlkreis Gelterkinden auf die noch laufende Amtsperiode hin gewählt. Sie war Mitglied der Erziehungs- und Kulturkommission (EKK) sowie Ersatzmitglied in der Spezialkommission Parlament und Verwaltung (PUK). Ich habe dich, Florence Brenzikofer, als sorgfältige, ruhige und auch fröhliche Politikerin kennen gelernt. Dein politischer Werdegang hat mich schon früher sehr bewegt. Noch als Parteipräsident der SP war ich davon fasziniert, dass du als grüne Politikerin bei der Gründungsversammlung der JUSOS eingeladen wurdest. Die Jugendorganisation der SP dankt dir daher an dieser Stelle stellvertretend für diese Geburts-

hilfe.

Dein – vielleicht befristeter – Abgang aus diesem Parlament erinnert mich persönlich an meine jüngeren Jahre, als ich ebenfalls mit meiner Familie und den damals noch kurz vor der Einschulung stehenden Kindern nach Übersee gehen durfte. Es war eine gute Zeit, und ich hoffe sehr, dass der Entscheid, mit deiner Familie nach Bolivien zu gehen, auch für dich ein guter Entscheid und eine gute Erfahrung sein wird. Ich wünsche dir und deiner Familie von Herzen alles Gute bei Eurem Aufenthalt in Bolivien und freue mich auf eine baldige Wiederkehr, eine Rückkehr in die Baselbieter Politik. Als Erinnerung an dich bleibt mir Weltoffenheit, Fröhlichkeit, Unkompliziertheit und ein gesundes Mass Menschlichkeit, und ich hoffe, dass das unserem Landrat nicht verloren geht.» [Applaus]

### – Sabine Stöcklin

«Sabine Stöcklin war während zehneinhalb Jahren Mitglied des Baselbieter Landrats. Kleine Klammerbemerkung: Während neun Jahren durfte sie in der Weihnachtszeit hier vorn einen Tannenbaum sehen. Dieses Jahr musste sie es ohne Weihnachtsbaum machen. Während ihrer ganzen Parlamentszeit war Sabine Stöcklin Mitglied der VGK und hat so wichtige Gesetze wie das Sozialhilfegesetz, das Einführungsgesetz zur Krankenkassenprämienverbilligung, das Alters- und Pflegeheimgesetz sowie alle Diskussionen zur Gesundheits- und Spitalversorgung massgeblich mitgeprägt. In ihrer Amtszeit war sie für die SP während eines Jahres Mitglied des Büros, sie war Mitglied in der Spezialkommission zum Beschaffungsgesetz und sie war auch befristet Ersatzmitglied in der Finanzkommission und in der Spezialkommission Landwirtschaftsgesetz. Sabine Stöcklin ist eine Politikerin, die ihre Dossiers à fond bearbeitet hat. Ihr Grundsatz war, eine kantonale Politik zu betreiben, welche immer eine regionale Perspektive hat. Sabine hatte immer klare, wohl überlegte Argumente zur Hand, wenn sich Oberflächlichkeit in der Debatte breitmachte. In der Spital- und Gesundheitspolitik können alle im Saal, die Regierungsbank natürlich ausgenommen, auch heute noch viel von Sabine Stöcklin lernen.

Sabine, persönlich bedaure ich deinen Rücktritt sehr. Du hast debattiert und warst immer auf derselben Augenhöhe mit deinem Gegenüber, wenn die Sache auch schwierig und knifflig wurde. Du hast dich weder von polternden Argumenten noch von einfachen Parteiideologien einspannen lassen. Andererseits hattest du auch nie Berührungsängste, wenn Argumente von anderer Seite kamen. Hat dich etwas nicht überzeugt, so verwarfst du es. Du hast auch in unserer Fraktion immer einen eigenständigen Weg gesucht und diesen auch vertreten, wenn es nötig war. Dies hat uns zugegebenermassen manchmal verwirrt, zuinnerst aber eigentlich fasziniert. Die Politik braucht so klare Köpfe wie dich. Danke, liebe Sabine, dass du über zehn Jahre deine Hartnäckigkeit, deine Offenheit, dein herzliches Lachen und deine Verlässlichkeit dem Baselbiet zur Verfügung gestellt hast. Ich wünsche dir alles Gute.» [Applaus]

## Schlusskonzert

Zum Abschluss stellt der Landratspräsident mit der Vorbemerkung, es handle sich nicht etwa um einen schon jahrelang tätigen, superviven Musikakademie- und Musikerinnenchor, einen kleinen Acappella-Schülerinnen-Chor

aus Gelterkinden vor. Die Schülerinnen haben sich vor eineinhalb Jahren, als sie Geld sammeln mussten, um ein Schullager durchführen zu können, zu diesem Chor formiert. Der noch namenlose Jungchor singt zum Abschluss einige Gospellieder.

[Die ca. viertelstündige durchaus niveauvolle Darbietung wird mit anhaltendem Applaus verdankt, so dass noch eine Zugabe gesungen wird.]

**Eric Nussbaumer** bedankt sich herzlich für das kleine Konzärtli, welches allen sehr gut gefallen hat. Beim anschliessenden Apéro, zu welchem die jungen Sängerinnen auch eingeladen sind, wird ihnen der Landratspräsident ihre Gage überreichen. [Applaus]

Abschliessend stellt der Landratspräsident fest, dass man nun am Ende eines langen ersten Amtshalbjahres angelangt ist. In diesem ersten Halbjahr habe man nicht alles falsch gemacht, aber – wie man heute gemerkt habe – auch nicht alles richtig. Er hofft, dass gewisse Dinge gut gelungen sind und dass man auch das nächste Halbjahr gut miteinander über die Runden bringen wird. Er wünscht allen Mitgliedern des Landrates ein zufriedenes, ruhiges Weihnachten, auch fröhliche Momente sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr, Zufriedenheit auch im nächsten Jahr und Gottes Segen. Im Anschluss an die Sitzung findet die Ratskonferenz statt.

*Für das Protokoll:  
Brigitta Laube, Landeskanzlei*

\*

*Schluss der Sitzung: 17.02 Uhr*

\*

**Die nächste Landratssitzung findet statt am**

**12. Januar 2006**

**Für die Richtigkeit des Protokolls**

**Im Namen des Landrats**

**der Präsident:**

**der Landschreiber:**